

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	20. Juni 2024
Zeit	19:30 Uhr bis 22:30 Uhr
Ort	Aula Angelrain
Vorsitz	Beat Hiller, Einwohnerratspräsident
Anwesende	36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Daniel Blaser Ivanka Basic Adrian Höhn Manuel Silva
Protokollführung	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Jahresbericht und Rechnungen der Einwohnergemeinde 2023
3. Migration und Integration, Regionale Integrationsfachstelle (RIF) Region Lenzburg Seetal, Pilotphase 2025 bis Ende 2027; Bewilligung der Ausgaben (inkl. Stellenpensen)
4. Parzelle Nr. 2995; ehemaliges ABB-Areal; Erwerb einer Teilfläche; Kredit
5. Einwohnerrat; Postulat der SVP; Weiterführung des physischen Aushangs von Todesanzeigen; Bericht und Antrag des Stadtrats
6. Betriebsamt Lenzburg Seetal; Geschäftshaus «Malaga»; Niederlenzerstrasse 27; Bereitstellung und Inbetriebnahme neuer Büroräumlichkeiten; Kreditabrechnung
7. Einwohnerrat; schriftliche Anfrage; Schulwegsicherheit; die Mitte; Cécile Kohler; Beantwortung
8. Mündliche Anfrage vom 7. März 2024; Regula Züger; Stand Projekt Entschlammung Weiher; Beantwortung
9. Umfrage

Verhandlungen:

1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Guten Abend miteinander, ich begrüsse alle herzlich zur heutigen Einwohnerratsitzung. Es ist plötzlich warm geworden, das merken wir auch hier drin. Ich hoffe, wir bringen die Traktanden des heutigen Abends gut durch, auch wenn es zu der ein oder anderen hitzigen Diskussion führen könnte. Speziell begrüsse ich heute Abend die Vertreter der Gemeinden Birr und Lupfig sowie vom Kanton. Es handelt sich hierbei um eine Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit der Fusion Birr und Lupfig. Sie interessieren sich heute für das Thema Einwohnerrat, weil es im Falle einer Fusion ein Thema werden könnte. Weiter begrüsse ich herzlich die Vertreter der Presse und die Auskunftspersonen. Das sind heute Peter Baumli, Verwaltungsleiter, Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, Marc Lindenmann, Leiter Finanzen und Linda Kleider, Leiterin Abteilung Immobilien. Wir haben vier Entschuldigungen nämlich Daniel Blaser, Ivanka Basic, Adrian Höhn und Manuel Silva. Von Seiten Stadtrat wird Andi Schmid ca. eine Viertelstunde später eintreffen.

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde am 17. Juni online gestellt und kann über das Internet oder unser Tool aufgerufen werden. Die Beschlüsse der Einwohnerratsitzung vom 2. Mai, welche dem Referendum unterlagen, sind am 10. Mai in Rechtskraft erwachsen. Wie sicher alle in den Medien erfahren haben, das Referendum des Referendumskomitees Ammerswilerstrasse kam mit 824 gültigen Unterschriften zustande. Die Volksabstimmung wird am 22. September 2024 stattfinden.

Wir haben verschiedene Neueingänge. Als erstes eine dringliche Motion der Mitte, vertreten durch Claudia Casanova. Diese werden wir unter dem letzten Traktandum Umfrage behandeln. Weiter eingegangen sind zwei schriftliche Anfragen der FDP. Eine zum Thema Fahrverbot zwischen der Wilgasse und dem Friedweg und eine betreffend der Schulraumplanung. Beatrice Räber wird beide Anfragen online stellen damit ihr sie ansehen könnt.

Wir haben 35 anwesende Einwohnerräte hier. Regula Züger kommt ein bisschen später. Wir haben also zurzeit ein absolutes Mehr von 18 wenn Regula hier ist, sind es 19.

Wir kommen nun zum ersten Traktandum Jahresbericht und Rechnung der Einwohnergemeinde 2023. Sprecher der GPFK ist Thomas Schaar.

2 Jahresbericht und Rechnungen der Einwohnergemeinde 2023

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Herr Präsident, liebe Mitglieder von beiden Räten, werte Presse und Auskunftspersonen, liebe Gäste speziell auch mit Interesse am Einwohnerrat. Ich hoffe, wir geben heute Abend ein gutes Bild ab. Als Präsident der GPFK habe ich die Ehre als erstes, etwas zum Jahresbericht und zur Rechnung 2023 sagen zu dürfen und die Eintretensdebatte zu eröffnen. Wenn ich mich richtig zurückerinnere, ist die Diskussion zur Rechnung in den letzten paar Jahren immer kürzer geworden. Nach Voten der Parteien mit guten Hinweisen, Lob und Tadel und sinnvollen Verbesserungsvorschlägen wurde im Anschluss über die Rechnung abgestimmt, ohne gross ins Detail zu gehen. Wir schauen mal, ob das heute auch so sein wird. Grundsätzlich gibt die Rechnung aus Sicht der GPFK keinen Anlass zu Detailberatungen. Wir haben dies in der GPFK bereits gemacht und ihr habt sicher auch in den Fraktionen darüber gesprochen. Ich finde es deshalb gut, wenn wir nicht unnötig lange werden. Die Rechnungen sind bezahlt, die Rechnung liegt vor und wir haben im Verlauf des Abends noch spannendere Geschäfte, welche die zukünftige Gestaltung unserer Stadt

betreffen. Da lohnt es sich mehr, sich zu engagieren. Doch ich halte mich an die Regeln, deshalb zuerst ein paar Einführungen und das Abstecken des Rahmens. Mein Vorgänger Francis Kuhlen hat in seinen Voten jeweils den Bogen zwölf Jahre zurück gespannt und die erfreuliche Entwicklung in letzter Zeit gezeigt. Auch die Zahlen der Rechnung 2023 geben Anlass zur Freude, wenn auch nicht mehr im gleichen Rahmen. Das budgetierte Minus von CHF 3 Millionen im Betriebsergebnis konnte auf CHF 700'000 reduziert werden. So resultiert dann auch ein gutes Gesamtergebnis, statt einem zarten Plus von CHF 100'000 erfreuliche CHF 2,7 Millionen. Der Blick zurück ist interessant. Ende 2020 hatte Lenzburg ein Nettovermögen von CHF 5 pro Person. Ende 2022 ist dies markant angestiegen auf CHF 668 und jetzt ist es wieder ein wenig gesunken auf CHF 424 pro Person. Es ist immer noch ein Vermögen, aber doch 1/3 weniger. Dies ist klar begründet durch die Investitionen von rund CHF 10,6 Millionen. Gemäss Aufgaben und Finanzplanung wären aber sogar CHF 11,5 Millionen vorgesehen gewesen. Natürlich werden wir auch zukünftig hohe Investitionen tätigen. Dazu muss man eigentlich nicht mal in den Ausgaben und Finanzplan schauen, auch wenn das eines der interessantesten Planungsdokumente der Stadt ist. Die Stichworte sind uns allen klar, Schulraum provisorisch und dauerhaft, Bahnhof mit dem ganzen drum herum und die Immobilienstrategie, welche sicher auch noch die eine oder andere auch grössere Investition mit sich bringt. Wir investieren, das ist richtig, wenn es sinnvoll und nachhaltig passiert. Gleichzeitig achten der Stadtrat und die Verwaltung auf eine ausgewogene möglichst im Plus landende Rechnung. Dafür sei ihnen gedankt. Noch kurz weiter mit diesen sogenannten Standards, das erwähnte Vermögen von CHF 424 pro Person ergibt eine Gesamtsumme von CHF 4,7 Millionen gegenüber CHF 7,6 Millionen im Jahr zuvor. Der Selbstfinanzierungsgrad sank von gut 165 % auf noch 74 %. Das ist eine schmerzhaft tiefe Zahl, aber natürlich auch den hohen Investitionen geschuldet. Der Selbstfinanzierungsanteil ist gesunken, nämlich wieder von 15 % auf 12 % dorthin, wo wir schon im Jahr 2021 waren. Beide Zahlen sind zwar schlechter geworden, sie sind aber immer noch über dem definierten Wert.

Der Fiskalertrag ist erfreulicherweise CHF 1,2 Millionen über Budget gelandet, aber auch da, wenn man genauer hinschaut, sind es nur CHF 800'000 mehr als noch 2022. Das entspricht einer Steuerkraft pro Einwohner von CHF 3'243, ein Plus von CHF 100 Franken zu 2022. Das ist erfreulich. Das Plus bei den Steuereinnahmen kam aber aufgrund von deutlich höheren Aktiensteuern zustande. Insgesamt plus CHF 1 Million. Die Einkommens- und Vermögenssteuern sind gegenüber 2022 quasi unverändert. Wie die Entwicklung der Steuerkraft weitergehen wird, wird spannend, denn es sind viele Faktoren, welche wir nicht beeinflussen können. Für die weiteren Zahlen verweise ich auf die Rechnung. Ich möchte gerne zum interessanteren Teil übergehen.

Francis hat in den letzten zwei Jahren bei seinen Voten jeweils aufgezeigt, wie die GPFK vorgeht und was zu unserem Prüfprozess gehört. Zur Auffrischung: Die Zahlen, welche wir gehört haben, werden im Zweierteam von Hüsser und Gmür geprüft. Während drei Tagen sind sie bei uns im Rathaus für die Detailprüfung der Rechnung. Es wird nicht nur geprüft, es wird auch plausibilisiert, nachgefragt, Dokumente werden gewälzt und Diskussionen werden geführt. Zum Schluss dieser Prüfung folgt vor Ort eine Schlussbesprechung. Bei dieser ist seit ein paar Jahren auch das Präsidium der GPFK anwesend. Dieser Einblick in die Diskussion ist sehr interessant, einerseits bezüglich des Vorgehens von Hüsser und Gmür, andererseits auch bezüglich der Zusammenarbeit mit der Abteilung Finanzen, wobei ich hier gerne Marc Lindenmann und seinen Stellvertreter Roger Zimmerli nennen möchte. Sie sind jeweils bei dieser Schlussbesprechung anwesend und ich konnte mich von der guten Zusammenarbeit überzeugen. Es ist eine konstruktive durchaus auch kritische, aber auf jeden Fall bereichernde Zusammenarbeit und auch die Schlussbesprechung mit einem klaren Lob, welches ich da gerne wiederhole an die Abteilung Finanzen für die gute und saubere Arbeit, die angenehme

Zusammenarbeit und vor allem das umgehende Nachreichen von Dokumenten und das Klären von Fragen. Besten Dank.

Die Besprechung und vor allem auch der Bericht zur Detailprüfung und die Präsentation von Hüser und Gmür, über ihre Erkenntnisse, geben uns von der GPFK ein gutes Gefühl, was die städtischen Finanzen, Zahlen und vor allem dieser Prüfung anbelangt. Das ist auch der Grund, warum die GPFK im Prüfprozess ein stärkeres Gewicht auf die Geschäftsprüfung legt. Die Finanzen und die Zahlen sind in guten Händen. Wir hinterfragen und diskutieren auch mit dem externen Prüfteam. Wenn wir aber dafür mehr Zeit haben, um Geschäfte und Prozesse in der Verwaltung anzuschauen, ist das umso besser. Wie in den letzten Jahren haben die Prüfgespräche vorab, ungefähr in der ersten Hälfte April, stattgefunden. Nochmal kurz zum Rekapitulieren: Vor einem Jahr haben wir von der Zuteilung nach Kontenplan gemäss Rechnungslegung zum Organigramm der Stadt gewechselt. Wir haben also mit den effektiven Verwaltungsabteilungen gesprochen. Das hat sich bewährt und das haben wir auch dieses Jahr so durchgeführt. Einziger Unterschied war, dass anstelle dem Zivilstandsamt, wo eine Prüfung nicht viel hergibt, sich ein Team mit dem Thema Informatik und digitale Transformation auseinandergesetzt hat. Mit dem Wechsel der IT vom letzten Jahr und der anstehenden neuen Website sicherlich eine gute Entscheidung. Dies führte dann aber auch noch zu ein bisschen mehr Informationsbedürfnissen innerhalb der GPFK. Gerne gehe ich auf einige Punkte dieser Prüfgespräche ein. Für uns sind das immer wieder sehr interessante, aber auch sehr wichtige Gespräche auch für das Verständnis unserer Verwaltung. Wir können erkennen, wo Probleme bestehen oder noch wichtiger wo sich Probleme allenfalls anbahnen.

Wie üblich stellen wir Fragen nach der Effizienz nach der internen und externen Zusammenarbeit, nach dem Risikomanagement, teils auch simpler über die Zufriedenheit am Arbeitsplatz, im Team, mit den Vorgesetzten, mit den personellen Abläufen, wie beispielsweise auch dem Mitarbeitergespräch. Es lässt sich sagen, dass eigentlich alle unsere Prüfgespräche gut bis sehr gut verlaufen sind. Zum Teil würden wir uns aber wünschen, dass von Seiten der Verwaltung beziehungsweise von den Gesprächspartnern ein klareres Bewusstsein für die Wichtigkeit dieser Gespräche vorhanden ist. Das zeigt sich teils vor allem in der Terminfindung vorab. Wir werden da für das nächste Jahr Verbesserungen aufgleisen. Auch diese Prozesse werden hinterfragt und optimiert. Was bei uns teilweise für Verwunderung sorgte, war, dass in einzelnen Abteilungen Punkte aus dem Jahresbericht oder der Jahresrechnung, welche die Abteilung betreffen, nicht wirklich klar oder präsent waren. Dies wäre für uns selbstverständlich. Das kann man natürlich auch anders sehen, je nachdem wie fordernd und belastend das Alltagsgeschäft ist. In diesen Gesprächen versuchen wir immer eine ausgewogene Mischung zu finden. Wir als Prüfende erachten zentrale Punkte auch der in der Verantwortung stehenden Kommissionen als wichtig. Konkrete Situationen in den Abteilungen haben gezeigt, dass sich diese durchaus auch mit anderen Themen beschäftigen. Da hat anderes eine Wichtigkeit für die spezifische Person. Vielleicht sollte das aber auch ins grössere Ganze eingeordnet werden können. Die Gespräche sind interessant, die Erkenntnisse ebenso. Wir stossen mal auf Unklarheit oder Missverständnisse, aber auch auf Punkte, bei welchen wichtiger und dringender Handlungsbedarf besteht. Hier ein paar Ausführungen und Beispiele dazu. In Bezug auf ein Schulhaus wurde angemerkt, dass die Brandschutztüren nicht in Ordnung seien, aber trotzdem vom AGV, der Aargauer Gebäudeversicherung abgenommen worden seien. Da es sich um einen Sicherheitsaspekt bei einem Schulbau handelt, waren wir natürlich beunruhigt hinsichtlich der Sicherheit von Schülerinnen und Schülern und auch des Personals. Schlussendlich hat sich herausgestellt, dass eine klappbare Brandschutztür falsch versorgt war, richtig verräumt funktioniert sie, also Entwarnung. Dann stossen wir in diesen Gesprächen aber auch immer wieder auf das Thema Datenschutz.

Dieses Mal mit Aussagen und Einordnungen, welche uns beunruhigt haben und sogar zusätzliche Abklärungen mit dem Software-Lieferanten nach sich gezogen haben. Auch dieses Thema wurde als Frage an den Stadtrat adressiert. Bei der Schlussbesprechung konnte geklärt werden, dass die festgestellten Punkte bezüglich des Datenschutzes nicht optimal sind und einer Verbesserung bedürfen. Das war so klar, dass die Änderungen bereits prompt eingeleitet wurden. Das zeigt die Bandbreite und die Wichtigkeit von diesen Gesprächen auf. In einem Fall waren es Missverständnisse, welche geklärt werden konnten. Im anderen wichtigeren Fall konnten bereits Verbesserungen eingeleitet werden. Die Diskussionen im Rahmen der IT und der digitalen Transformation, ich habe es vorher erwähnt, sind in Bezug auf die neue Webseite, zusammen mit der Abteilung Kommunikation, geführt worden. Diese haben zu einem Unwohlsein bezüglich der neuen Webseite der Stadt geführt. Das Unwohlsein entstand wahrscheinlich aus unterschiedlichen Aussagen, welche gemacht wurden und unterschiedlichen Auffassungen, welche im Raum standen. Für uns wurde zum Teil ein nicht nachvollziehbares Vorgehen geäußert. Nach der Thematisierung im Stadtrat haben wir die zuständigen Personen in die GPFK-Sitzung eingeladen und uns das präsentieren lassen. So gelangen wir in der GPFK zu zusätzlichen Informationen, können andererseits aber auch frühzeitig Hinweise geben und vielleicht auch Empfehlungen aussprechen. Das macht Sinn und ist zum Vorteil von allen Beteiligten. An dieser Stelle ein Dankeschön an Mirjam Roth, Abteilungsleiterin Kommunikation und Manuel Bruder, Leiter Digitale Transformation für den Zusatzaufwand und die informative Präsentation.

Dies drei Beispiele aus unseren Prüfgesprächen. Ein viertes Beispiel möchte ich aber zum Abschluss doch noch erwähnen. Stichwort Lebenshaltungskosten. Im Prüfgespräch mit der Feuerwehr tauchte beispielsweise die Frage auf, welche Risiken allenfalls bestehen. Was genannt wurde ist erstaunlich. Die hohen Wohnungsmieten in Lenzburg führen dazu, dass Angehörige der Feuerwehr umziehen ins günstigere Niederlenz. Niederlenz hat zusammen mit Möriken-Wildegg und Holderbank eine eigene Feuerwehr. Das heisst, der Umzug nach Niederlenz bedeutet eigentlich auch einen Wechsel zur Feuerwehr Chestenberg. Glücklicherweise konnte dies pragmatisch gelöst werden. Die Angehörigen der Feuerwehr Lenzburg konnten bei dieser verbleiben. Diese pragmatische Lösung ist zu begrüßen. Dem Grundproblem sollten wir uns aber bewusst sein oder bewusst werden. Die hohen Lebenshaltungskosten bzw. Mietkosten können auch an unerwarteten Stellen Auswirkungen haben. Dies könnte zu einem Risiko für die Stadt führen eben bei einem Fehlbestand bei der Feuerwehr. Darauf können wir hier im Rat politisch Einfluss nehmen. Das sollten wir aufnehmen.

Zurück zum Ablauf. Der hat sich bewährt. Die GPFK konzentriert sich auf Geschäfte und Prozesse und führt eingehende Diskussionen mit der Verwaltung. 16 Gespräche waren es diesmal. Die Erkenntnisse werden auf Prüfblättern festgehalten und GPFK intern diskutiert. Die daraus resultierenden Fragen werden an den Stadtrat formuliert und zugestellt. In der gemeinsamen Schlussitzung werden diese Fragen geklärt. So können Missverständnisse gelöst und Handlungsbedarf aufgezeigt werden. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an die engagierten Mitglieder der GPFK, welche sich vorab vertieft mit den Dokumenten Jahresbericht und Jahresrechnung auseinandergesetzt, diese Diskussionen geführt und auch die Erkenntnisse festgehalten und gemeinsam besprochen haben. Der Aufwand war gross, die Resultate sind dafür ebenfalls von hoher Qualität und zugunsten der Stadt. Ein herzliches Dankeschön euch allen. Dank gebührt aber auch dem Stadtrat für die offene Diskussion, die Bereitschaft unsere Fragen und Anliegen zu klären und aufzunehmen. Da können nämlich durchaus unbequeme Punkte dabei sein. Diese zielen aber nicht auf die Person, sondern sind als konstruktive Kritik als konkrete Verbesserungsvorschläge zu verstehen. Wir haben den Austausch als angenehm und bereichernd empfunden. Danke für eure Bereitschaft. Ein grosses

Dankeschön gebührt an dieser Stelle aber auch der Verwaltung. Ganz konkret Beatrice Räber, welche die Protokollführung macht und den Auskunftspersonen an unseren Sitzungen. Namentlich Christoph Hofstetter und Marc Lindemann. Einige dieser Sitzungen dauerten sehr lange, was an dieser Stelle erwähnt werden kann.

Aber auch allen Abteilungsleitungen, mit welchen wir die Gespräche führten, möchte ich danken. Die Bereitschaft ist wichtig und wertvoll, auch wenn Fragen vielleicht mal zu forsch gewesen sind oder zu nachträglichem Klärungsbedarf geführt haben. Auch diese gehören zu einem verantwortungsvollen Vorgehen unserer Kommission.

Ein kleiner Abstecher gibt es noch. Wie in den Vorjahren haben wir nämlich zwei spezielle Prüfungen durchführen lassen. Die Vertiefungsprüfung Soziale Dienste mit dem Fokus auf die materielle Hilfe. Die hat im Rahmen der Rechnungsprüfung stattgefunden durch Hüsser und Gmür. Anlass dazu war der Hinweis von Hüsser und Gmür aus dem 2022, dass in der Abteilung Soziale Dienste eine Buchhaltung geführt wird, welche bis dato nicht eingehend geprüft worden ist. Bei dieser Prüfung kann man gerade sagen, wurde kaum etwas gefunden was zu beanstanden wäre oder zu grösseren Diskussionen führte. Das Prüfteam hält fest, ich zitiere: Insgesamt darf festgehalten werden, dass die entsprechenden Abläufe klar und transparent geregelt sind und die Dossierführung einen einwandfreien Nachvollzug ermöglicht. Der Sozialdienst Lenzburg ist gut organisiert. Insgesamt wird er fachspezifisch geführt und organisatorisch strukturiert aufgebaut. Im Rahmen einer weiteren Themenprüfung haben wir ebenfalls bei den Sozialen Diensten einen genaueren Blick auf die familienergänzende Kinderbetreuung KIBEG und Subventionsgesuche richten lassen, ebenfalls durch Hüsser und Gmür. Diese Themenprüfung hat einige Punkte ergeben, in denen dringender Handlungsbedarf besteht und sich gewisse Sachen ändern müssen. Dieser Handlungsbedarf wurde bereits angegangen. Die meisten Punkte, welche im Bericht erwähnt wurden, sind entweder schon umgesetzt, geändert, Lösungen sind initiiert oder in Bearbeitung. Die GPFK war sehr erfreut, wie rasch und unkompliziert hier gehandelt wurde. Dafür gebührt der Dank der Co-Leitung der Sozialen Dienste, namentlich Mark Jansen, welcher das bei der GPFK vertreten hat. Die Themenprüfungen zeigen gut, was mit dem genauen Hinschauen der GPFK möglich ist. Allfällige Problemfelder oder Bereiche können adressiert werden, nötige Veränderungen werden aufgezeigt oder gar angestossen. Diese Prüfungen sollen konstruktiv sein und den involvierten Abteilungen und auch der ganzen Verwaltung dienen. Wir werden aus dem Grund auch in diesem Jahr eine weitere Themenprüfung im Bereich Hochbau, spezifisch bezüglich Prozesse und Finanzen, durchführen lassen. Das ist bereits in die Wege geleitet, wie es nämlich mein Vorgänger Francis schon formuliert hat. Das Ziel der GPFK ist eine effiziente Verwaltung. So stellen wir immer wieder die Frage, wie kann eine Abteilung noch effizienter werden? Dazu dienen unsere Prüfungsgespräche, der Austausch mit dem externen Prüfteam, mit der Verwaltung, mit dem Stadtrat, aber eben auch unsere Themenprüfungen. Es lässt sich feststellen, wir sind da auf einem guten Weg. Zum Abschluss noch einmal ausdrücklich ein grosses Dankeschön an die Mitarbeitenden der Verwaltung. Das Ergebnis 2023 ist besser ausgefallen als budgetiert. Das ist nur mit dem entsprechenden Einsatz und auch mit dem Bewusstsein für die angespannte Lage der Stadt möglich. Merci. Das Resultat 2023 ist grundsätzlich erfreulich, erst recht angesichts der grossen Investitionen, welche getätigt wurden. Mit den weiteren Vorhaben, welche anstehen und wir zum Teil bereits auch genehmigt haben, zeigt sich aber klar, in welche finanzielle Richtung es geht. Ob solche positiven Überraschungen in den nächsten Jahren auch wieder möglich sind? Ich setze ein Fragezeichen, wir werden es sehen. Ich danke euch.

Francis Kuhlen (FDP): Geschätzte Mitglieder von beiden Räten, geschätzte Gäste und Vertreter der Medien, geschätzte Auskunftskollegen. Praktisch bei allen wesentlichen Zahlen der Rechnung 2023 ist das Ergebnis bedeutend besser als budgetiert. Das ist der Fall beim Betriebsergebnis und beim Gesamtergebnis. Bei beiden Ergebnissen ist die Differenz zum Budget rund CHF 2 bis 2,5 Million. Man muss auch bei der Analyse nicht gross in die Tiefe gehen, um herauszufinden, woher der Mehrertrag stammt: CHF 1,2 Million höher als budgetiert waren die Fiskaleinnahmen, CHF 600'000 höher als budgetiert waren die Busseneinnahmen der Regionalpolizei. Etwas grosszügig aufgerundet geben diese beiden Posten bereits knapp CHF 2 Millionen nicht budgetierte Mehreinnahmen. Beim Fiskalertrag kann man sagen: Glück gehabt. Bei den Busseneinnahmen ist wohl weniger Glück im Spiel, denn das lässt sich steuern und auch im Jahr 2022 hatten wir dieses Phänomen und da war es eine Überraschung. Etwas ketzerisch kann man sich fragen, ob mit 30 % mehr Busseneinnahmen als budgetiert, die Verkehrssituation in Lenzburg auch 30 % sicherer geworden ist.

Zu den Kennzahlen:

Die Nettoschuld pro Einwohner, der Selbstfinanzierungsgrad, der Selbstfinanzierungsanteil und der Kapitaldienstanteil sind nicht glänzend, bewegen sich aber immerhin in den vom Kanton empfohlenen Bereichen. Das zeugt angesichts der in der heutigen Zeit sich generell manifestierenden, finanziellen Herausforderungen, von einem umsichtigen Umgang mit den Ressourcen durch Stadtrat und Stadtverwaltung.

Controlling:

Als Mitglied der GPFK bekommen wir seit kurzem Einsicht, in das von der Finanzverwaltung halbjährlich durchgeführte Controlling. Im Frühjahr und im Herbst bekommt der Stadtrat einen Ausblick (auf Neudeutsch: Forecast) auf das mutmassliche finanzielle Resultat für das laufende Jahr. Die Basis sind Schätzungen durch die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter. So verfügt der Stadtrat über Frühindikatoren, die erlauben kurzfristige Massnahmen zu initiieren. Wir begrüssen dieses Vorgehen sehr. Es entspricht einem langjährigen Anliegen der GPFK.

Zum Jahresbericht:

Er liest sich angenehm und enthält eine Vielzahl von interessanten Fakten und Zahlen. Allerdings kann ich es nicht unterlassen zu betonen, dass die Art und das Format des Jahresberichts immer noch nicht den Anforderungen entsprechen, welche wir von einem Rechenschaftsbericht erwarten und wie er im Gemeindegesetz vorgesehen ist.

Etwas zur Qualität der Arbeit:

Aus eigener Erfahrung, aber auch aus der Beurteilung des Prüfers Hüsler und Gmür, macht insbesondere unsere Finanzverwaltung eine ausgezeichnete Arbeit. Auch mit intensivem Suchen konnten keine negativen Punkte gefunden werden. Einmal mehr ein Kompliment und ein herzliches Dankeschön an Marc Lindenmann und seinem Team für die hervorragende Arbeit.

Für die Führung der Geschäfte ist der Stadtrat verantwortlich. Für die Sicherstellung der Dienstleistungen in angemessener Qualität und mit professioneller Effizienz sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zuständig. Wenn die Resultate besser sind als erwartet, kann man nur herzlich danken, was ich im Namen unserer Fraktion gerne mache.

Die FDP-Fraktion befürwortet das Eintreten und wird den Anträgen zum Jahresbericht und der Rechnung 2023 des Stadtrats einstimmig zustimmen.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren beider Räte, liebe Anwesende und Gäste, im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich für die erstellte Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde Lenzburg. Besonders der Finanzabteilung gilt auch unser Dank, denn sie sind hauptsächlich dafür verantwortlich, dass wir das Werk vor uns haben. Sie sind aber auch dafür verantwortlich, dass das ganze Jahr hindurch verbucht wird und vor allem, dass alles korrekt verbucht wird. Unser Jahresbericht umfasst einerseits eine ganze Reihe von Zahlen und andererseits ist es aber auch eine Rechenschaft über das vergangene Rechnungsjahr. Zu den Zahlen, budgetiert haben wir für das Jahr 2023 ein Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von Minus CHF 3,02 Millionen und als Abschluss verbuchen wir jetzt immer noch ein Minus, aber ein Kleineres von noch rund CHF 729'000. Es versteht sich von selbst, dass eigentlich ja das Ziel sein müsste, dass wir ein positives Betriebsergebnis haben. Budgetiert haben wir für das 2023 ein positives Gesamtergebnis von CHF 115'000 und jetzt haben wir einen Abschluss von CHF 2,75 Millionen, was doch einer erfreulichen Steigerung von CHF 2,64 Millionen entspricht.

Erwähnt habe ich im letzten Jahr, dass die Rechnung 2022 auch deshalb gut abgeschlossen werden konnte, weil vorgesehene Investitionen nicht getätigt wurden, sondern aufgeschoben. Hier in diesem Abschluss präsentiert uns der Stadtrat nur einen Teil des Nachholbedarfs.

Mit getätigten Investitionen und einer Netto-Investitionssumme von CHF 10,6 Millionen haben wir Infrastruktur geschaffen, welche unsere Stadt benötigt und es zeigt, dass in Lenzburg etwas geht. Die SVP-Fraktion begrüsst diese Investitionen. Sicherlich auch erfreulich, das hat der Vorredner schon angesprochen, für unsere Finanzen ist der Umstand, dass der Fiskalertrag höher ausgefallen ist. Da sticht vor allem der höhere Ertrag von CHF 800'000 bei den Aktiensteuern hervor.

Generell erfreulich betrachten wir auch, dass eine gestiegene Steuerkraft pro Einwohner auf mittlerweile CHF 3'243 stattgefunden hat. Ein kleiner Blick zurück in das Jahr 2019 zeigt, dass sie damals noch bei CHF 3'050 war. Das zeigt, dass Lenzburg, so wie es ist, attraktiv ist. Dies trotz der Ammerswilerstrasse in der man 50 km/h fahren darf. Es ziehen Leute nach Lenzburg, welche Steuern zahlen. Dass der Personalaufwand tiefer ausgefallen ist als budgetiert, ist für uns eine positive Sache. Was sehr negativ ist, ist einmal mehr die enorme Summe für die ambulante und stationäre Pflege. Lenzburg überweist über CHF 2 Millionen nach Aarau. Diese Summe passt in die landesweite Diskussion über immerwährende, steigende Kosten im Gesundheitswesen. Alles in allem haben wir akzeptable Zahlen in der Rechnung 2023. Bravo Finanzminister, die Rechnung ist aufgegangen. Wie ich zu Beginn der Ausführungen angetönt habe, ist die Rechnung Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr.

Die SVP-Fraktion stellt fest, dass der HR-Prozess in unserer Verwaltung viel besser wurde, was erfreulich ist. Demnach hat es sich eben auch gelohnt, dass wir im HR-Bereich personell aufgestockt haben und offenbar haben wir mit Andrea Kreis eine Person, welche einen ausgezeichneten Job macht. Die Umstellung der IT ist bekanntlich gut über die Bühne gegangen und gemäss unseren Informationen ist die ganze IT-Sache für die Mitarbeitenden der Stadt zufriedenstellend. Das freut uns, denn eine gute IT ist wichtiger denn je. Wie in jeder Unternehmung mit 150 Angestellten gibt es aber auch in der Unternehmung Lenzburg Punkte, welche man verbessern kann. Wir sind sehr erstaunt, dass es Abteilungsleitungen in der Verwaltung gibt, welche unter dem Jahr nicht wissen, wie der Stand des Budgets oder der Rechnung ist. Thomas Schaer hat das bereits angesprochen. Dort fragen wir uns schon, wie gearbeitet wird. Fragezeichen setzen wir auch bei der Vorgehensweise der Bauverwaltung bei der Fakturierung von Anschluss- und Publikationsgebühren. Teilweise werden Gebühren verrechnet und teilweise nicht. Diese Uneinheitlichkeit, wenn nicht sogar fast willkürliche

Vorgehensweise ohne vorliegende Erklärung der zuständigen Abteilung zeigt uns, dass wir leider in gewissen Punkten noch weit weg von einer modernen und effizienten Verwaltung sind. Dann sind schöne Worte in einem Bericht eben nichts mehr als schöne Worte. Zur neuen Homepage. Auch die ist vorher angesprochen worden, die sollte offenbar Ende von diesem Jahr live gehen. Da hätten wir uns einfach gewünscht, dass unsere Bedürfnisse als Behördenmitglieder ebenso wie die Bedürfnisse von anderen Nutzerinnen und Nutzern proaktiv abgeholt worden wären. Ein solches Vorgehen hätten wir als effizienter erachtet. Auch von unserer Seite, wie immer seit es ihn gibt, noch ein paar Worte zum Rechenschaftsbericht bzw. Jahresbericht 2023. Dieser Jahresbericht hat Verbesserungen drin und für diese Verbesserungen sind wir von der SVP dankbar. Das Kapitel drei des Einwohnerrats betrifft uns darin direkt und ich bin wirklich froh und dankbar, dass wir wieder eine Aufstellung über die personelle Situation im Einwohnerrat haben. Ich bitte deshalb darum oder wäre froh, wenn das der Einwohnerrat auch unterstützt, dass wir auch in Zukunft den personellen Teil des Einwohnerrats in dem Jahresbericht drin haben. Besten Dank an die Verfasser dieser Tabelle auf Seite 26 des Berichts. Über die anderen Kapitel im Jahresbericht verteilt, gibt es diverse Tabellen, welche Entwicklungen über mehrere Jahre aufzeigen. Meistens, so hat es sich eingespielt, werden etwa vier Jahre aufgezeigt. Das finden wir gut. Auch da finden wir es wichtig, eine gewisse Tendenz zu sehen. Das Tüpfelchen auf dem I wäre für uns, wenn auch die Entwicklung beim Personal der Verwaltung zu sehen wäre. Nur eine Auflistung des Personals eines einzigen Jahrs, wie auf Seite 17 zu sehen ist, zeigt keine Tendenz auf. Vielleicht ist das bewusst auch so gemacht. Wo wir leider keine genügende Note verteilen können, ist die Tatsache, dass der Jahresbericht 2023 Rechtschreibfehler aufweist. Wir haben dies bereits beim Bericht 2022 kritisiert. Offenbar interessiert es niemand und das ist schade.

Die SVP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden unserer Stadt für die Arbeit, welche unter dem Jahr geleistet wird. Ein besonderer Dank geht an diejenigen Mitarbeitenden des Werkhofs. Sie sind es, die auch immer wieder unter erschwerten äusserlichen Bedingungen zu jeder Tages- und Nachtzeit ihren Einsatz leisten. Sie räumen Schnee, entsorgen Abfall, jäten Neophyten und noch vieles mehr was wir vielleicht als selbstverständlich erachten. Aus unserer Sicht ist es das eben nicht. Fazit: Lenzburg hat einen akzeptablen Jahresabschluss 2023 und daher stimmt die SVP-Fraktion der Rechnung einstimmig zu. Besten Dank.

Anja Kroll (Grüne): Liebe Menschen im Saal, wir von den Grünen werden dem Bericht ebenfalls zustimmen. Vielen Dank an alle, die budgetiert, visiert und kontiert haben. Ich gehe nicht mehr auf die Zahlen ein. Ich bin sicher, sie ändern sich nicht, wenn ich es wiederhole. Ich komme zu ähnlichen Schlüssen wie meine Vorredner.

Ich glaube, es sind mehr als 170 Mitarbeitende der Einwohnergemeinde, denen wir hier danken dürfen. Das tun wir aufrichtig und von ganzem Herzen. Ich finde es auch wichtig, dass wir mittlerweile auch in den Abteilungsleitungen Frauen haben, und ich finde es überhaupt nicht egal wie viele das sind. Ich bin froh um jede die da ist. Eine ist heute auch hier. Es dürfen gerne noch mehr werden. Es ist alles ein Zusammenspiel. Erst erhalten wir das Budget und dann die Zahlen Bottom up. Alle die dazu einen Beitrag leisten ist wirklich herzlich zu danken. Allen Abteilungsleitenden, Verwaltungsleiter, Ressortleiter und natürlich dem Stadtrat der hier die Führung hat. Für mich persönlich ist es Halbzeit in dieser Legislatur. Es war jetzt das dritte Mal und ich muss auch sagen, dass diese Prüfgespräche, die wir in der GPFK haben, wirklich klasse sind. Sie sind sehr anstrengend, aber es ist ein Privileg in diesen Gesprächen dabei zu sein und die Menschen in der Verwaltung kennen zu lernen und mit ihnen diese Gespräche zu führen. Das Vertrauen, welches sich da bildet, möchte ich nicht

missen. Wenn ich sage, der Job als Einwohnerrätin ist grossartig, dann ist das das Sahnestückchen obendrauf. Corin nickt, denn wir machen die Gespräche zusammen. Es wird etwas geschafft und es wird etwas geschaffen in dieser Verwaltung. Zum Thema Halbzeit kann ich sagen, meinem Eindruck zufolge ist wirklich Bewegung drin. Das Motto Move spürt man. Ich finde es ist auch klar eine positive Tendenz zu sehen. Sei das in der Atmosphäre, der Stimmung und bei den Ergebnissen. Man arbeitet zusammen. Aus meiner Sicht zeigt sich die Stadtverwaltung Lenzburg als guter Arbeitgeber. Fachkräftemangel hin oder her, aber in der Verwaltung mit der neuen IT konnte man nun Anschluss finden. Ich denke man arbeitet gerne da und hoffe, dass alle die dabei sind dies auch tun. Kompetenz, Leistung und Entwicklung sind ja auch die Werte, ein wenig Kundenorientierung an der einen oder anderen Stelle wünscht man sich als Bürger noch. Das wurde schon erwähnt. Die Erfahrungen sind da durchaus auch gemischt, in der Regel aber sehr positiv. Ein guter Arbeitgeber also, auch für unsere Auszubildenden ist es ein spannender Ausbildungsplatz. Ich denke man kann das empfehlen.

Zum Abschluss noch einmal danke an alle die da mitgewirkt haben. Die Grünen werden dem Bericht und der Rechnung zustimmen.

Chantal Toker (GLP): Liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Gäste, vielen Dank auch von uns von der GLP für die ausführlichen und detaillierten Unterlagen mit sehr wertvollen Kommentaren. Dass wir praktisch bei allen kritischen Werten jetzt über dem Budget liegen, ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass das Budget solide, gründlich und wie man auch sagt, konservativ aufgesetzt worden ist. Das begrüssen wir sehr. Ich verzichte jetzt auch darauf, noch einmal einzelne Zahlen aufzuzählen. Vieles wurde schon gesagt. In Anbetracht der weiteren grossen Investitionen, welche vor uns liegen, macht aber der Selbstfinanzierungsgrad ein bisschen Sorge.

Da wir nicht davon ausgehen können, dass sich dieser in den nächsten Jahren in die richtige Richtung entwickelt und kein Posten da ist, bei welchem man massiv Geld sparen könnte, muss man sich sicherlich Gedanken machen, wie man zu mehr Geld kommen könnte. Steuerfusserhöhung? Sicher nicht die beliebteste Massnahme. Können neue gewerbliche Steuerzahler nach Lenzburg gelockt werden? Ein Technopark in Lenzburg? Intensivere Bemühungen in diese Richtung würde die GLP begrüssen. Wir sind gespannt auf die kommende Budgetdebatte im Herbst. Wir werden die Rechnung und den Jahresbericht 2023 ebenfalls guteheissen. Danke.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzte Mitglieder des Stadtrats, geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder des Einwohnerrats, geschätzte Gäste und liebe Medienvertretende. Als letzte Rednerin der Mitte-EVP Fraktion möchte ich mich dem grossen Dank anschliessen. Einerseits natürlich dem Stadtrat aber selbstverständlich auch der Verwaltung, speziell Marc Lindenmann und seinem Team möchte ich danken. Aber natürlich auch der GPFK. Thomas hat das gut ausgeführt. Wir finden es sehr wertvoll, wie da vorgegangen und geprüft wird. Wir hatten das Ziel ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, das haben wir erreicht und darüber können wir dankbar und froh sein. Wir haben solide budgetiert und einiges gestrichen. Das hat teilweise weh getan, wir haben für Dinge gekämpft und anderes nach hinten verschoben. Wenn dann das Ergebnis so ausgeglichen ist, wirft das manchmal auch Fragen auf. Ich habe auch solche Diskussionen geführt, auch mit der Bevölkerung. Wir loben uns gegenseitig und sagen danke, weil wir besser abgeschlossen haben als budgetiert. Das kann man eigentlich nur gut finden. Gleichzeitig denke ich, müssen wir uns sicher sein und gut Rechenschaft ablegen können über die Steuergelder. Diese sind steigend aber wir müssen sie auch richtig und gut einsetzen. Ich finde anhand dieser Rechnung müssen wir jetzt keine

Schlüsse ziehen oder wenn möglich noch Steuern senken. Da haben wir gute Gründe, das nicht zu machen. Ich finde es aber auch schwierig, jetzt von Steuererhöhungen zu sprechen. Wir haben Investitionen zu tätigen und wir müssen auch auf unsere Verschuldung schauen. Diese muss genug tief bleiben, damit die Zinslast nicht zu hoch wird. Es wird in der nächsten Budgetdiskussion schon Punkte geben, auf welche auch wir schauen müssen. Wir hatten bei dieser Jahresrechnung vor allem Fragen zum Personal, weil man dort oft das Budget nicht ausgeschöpft hat. Ich finde es grundsätzlich gut, wenn man nicht Ende Jahr noch versucht Budgets auszuschöpfen, nur dass alles aufgebraucht ist. Vielen Dank an dieser Stelle an Barbara Portmann für das recherchieren und erklären dieser Punkte. Einige Vakanzen konnten nämlich nicht im Jahr 2023, sondern erst im Jahr 2024 besetzt werden, deshalb gab es da einen Unterschied zum Budget. Ich bin froh, dass der Bedarf hier gut angepasst ist. Wir möchten nur diese Stellen bewilligen, die es auch wirklich braucht und trotz Fachkräftemangel und hochqualifizierten ausgeschriebenen Stellen die richtigen Personen finden.

Ein zweiter Punkt, der noch nicht genannt wurde, wir aber diskutiert haben, ist die Vereinsförderung. Wir haben ein grosses Sammelsurium an Vereinen und da ein spezieller Dank an diese vielen ehrenamtlichen Engagements der Lenzburgerinnen und Lenzburger. Wir haben die Stelle in der Gesellschaft gestrichen und ich glaube es ist nun unsere Verantwortung, dass wir die Vereine richtig unterstützen. Es sollen keine Vereine aus historischen Gründen bevorzugt werden, nur weil es immer schon so war. Ich denke diese Gerechtigkeit ist etwas, worauf wir schauen müssen.

Die Bildung, ein anderer Brennpunkt in Lenzburg, da kann aus der Jahresrechnung nicht viel abgeleitet werden. Ich denke es ist weiterhin ein wichtiger Fokus und Mige du hast vorhin dem Werkhof speziell gedankt, dann bedanke ich mich speziell bei der Schule. Ich danke allen herzlich für das Engagement, auch den Lenzburgerinnen und Lenzburgern für das Vertrauen. Wir tun hier unser Bestes, um dem gerecht zu werden.

Annette Sikyr (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder von beiden Räten, werte Presse und sehr verehrte Damen und Herren. Wie jedes Jahr finde ich den Jahresbericht sehr attraktiv zum Durchschauen und Durchblättern. Ich finde es ist ein super Layout und ich vermisse nichts an dem Bericht. Könnt ihr euch an die März Sitzung erinnern? An der Sitzung vom 7. März wurde beantragt, die Sanierung des Buchenwegs zurückzuweisen. Die Finanzlage der Stadt sei angespannt. Ich habe mich dann gefragt, was los ist. Ist die finanzielle Lage der Stadt wirklich so schlecht, dass wir den Unterhalt unserer Infrastruktur zurückstellen müssen. Gottseidank hat Andi Schmid in einer Medienmitteilung vier Tage später bekanntgegeben, dass das Gesamtergebnis des Jahresabschlusses 2023 gut ist.

Ich finde es gut und schön in einer Stadt Wohnsitz zu haben, in welcher der Stadtrat weiss, was er tut und in der auch die Verwaltung weiss, was sie tut. Das ist nicht selbstverständlich. Andi Schmid hat das Ressort Finanzen 2021 von Franziska Möhl übernommen. Es gab damals auch einen grossen personellen Wechsel im Stadtrat. Gleich drei neue Mitglieder wurden in den Stadtrat gewählt. Ich denke ein wichtiger Faktor dafür, dass es zu einem guten Wechsel kam, war Dani Mosimann. Ich bin überzeugt, dass er mit seiner Erfahrung und seiner guten Art den Wissenstransfer gewährleisten konnte. Ein weiterer wichtiger Punkt sind aber sicher auch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Dort hat es viele langjährige und gute Mitarbeiter mit einem grossen Know-how. Es sitzen mit Peter Baumli, Marc Lindenmann und Christoph Hofstetter gleich drei hier. Ein grosses Dankeschön für das Engagement zugunsten der Stadt Lenzburg. Die SP-Fraktion wird dem Jahresbericht und der Jahresrechnung zustimmen. Merci.

Thomas Schaer (SP): Ich möchte noch kurz etwas ergänzen. Mige hat ein Thema erwähnt, was auch bei uns in der GPFK zu grösseren Diskussionen geführt hat. Das Stichwort Bauverwaltung, Abteilung Hochbau und Abrechnungsprozess. Wir werden dort im nächsten Jahr eine Sonderprüfung machen. Uns ist die Situation in dieser Abteilung durchaus bewusst. Vor allem die schwierige personelle Situation. Wir haben es gesehen, wir haben im Budget vor allem da Geld gespart, weil es gerade in dieser Abteilung extrem schwierig ist, gutes Fachpersonal zu finden. Wir sind sehr erfreut, dass diese Stellen nun besetzt werden konnten. Wir sind in der GPFK überzeugt, dass mit dieser Themenprüfung und dem genaueren Hinschauen, Probleme eruiert und Lösungen gefunden werden können. Wir verstehen das als konstruktiven Beitrag, dass die Abteilung, welche in einer sehr schwierigen Situation ist, auch besser werden kann.

Das obligate Schlusswort, die GPFK empfiehlt einstimmig den Jahresbericht und die Rechnung der Einwohnergemeinde 2023 zu genehmigen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Jetzt nochmal meine Frage wird eine Detailberatung gewünscht? Auch von Seiten GPFK wird keine Detailberatung gewünscht. Dann gebe ich das Wort noch an Daniel Mosimann.

Stadtamman Daniel Mosimann: Danke vielmals, geschätzte Damen und Herren, aus dem Einwohnerrat auch für die positiven Rückmeldungen. Ich möchte noch eine Korrektur anbringen.

Bei mir entstand von euch der Eindruck, dass die Kanalisationsanschlussgebühren nicht überall verrechnet wurden. So habe ich das verstanden und dem möchte ich widersprechen. Diese Anschlussgebühren werden allen in Rechnung gestellt. Der Ablauf ist so, dass nach der Bauabnahme die definitive Berechnung der Kanalisationsabgaben erfolgt und darauf die Rechnungstellung. Der Zeitpunkt ist nicht immer gleich. Aber die Häuser stehen, die laufen einem nicht davon und ob man nach einem, nach drei oder nach sechs Monaten die Fläche berechnet und die Rechnung stellt ist eine Frage der Kapazität und Priorität. Diese wird von der Abteilung Stadtplanung und Hochbau gemacht. Aber gemacht wird es auf jeden Fall. Dies wollte ich noch richtigstellen. Danke.

Abstimmung

Der Jahresbericht und die Rechnung werden einstimmig angenommen.

3 Migration und Integration. Regionale Integrationsfachstelle (RIF) Region Lenzburg Seetal. Pilotphase 2025 bis Ende 2027: Bewilligung der Ausgaben (inkl. Stellenpensen)

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident des Einwohnerrats, werte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste. Am Politschnupper-Abend vom vergangenen Dienstagabend, hat unser Stadtschreiber Christoph Hofstetter darauf hingewiesen, dass wir in unserer Arbeit mit vielen Abkürzungen zu tun haben. Diese Vorlage ist das beste Beispiel dafür. Ganz kryptisch könnte ich jetzt also sagen, vier LLS-Gemeinden haben eine Leistungsvereinbarung mit dem MIKA abgeschlossen. Ein Konzept für die Schaffung eines RIF's mit einem integrierten KFA welche durch SKIP gefördert werden. In der Vorlage werden all diese Akronyme zum Glück ausgedeutet. Wir befinden heute Abend über die Schaffung einer regionalen Integrationsfachstelle kurz RIF für die Region Lenzburg Seetal zusammengefasst im Lebensraum Lenzburg Seetal kurz LLS. Vorerst für eine Pilotphase von drei Jahren ab 2025. Was heisst eigentlich Integration? Wann ist jemand gut integriert? Eine Indikation geben die Integrationskriterien, wie sie für Einbürgerungen relevant

sind. Nach diesen Kriterien gilt jemand als gut integriert, wenn sie oder er die öffentliche Sicherheit und Ordnung wahrt, die Werte der Bundesverfassung respektiert, sich mündlich und schriftlich in Deutsch verständigen kann, am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung teilnimmt, die Integration von seinen Familienmitgliedern fördert und mit unseren Lebensverhältnissen vertraut ist. Um sich gut integrieren zu können, gibt es heute eine ganze Vielzahl von Angeboten der öffentlichen Hand, von Hilfsorganisationen, von Vereinen und von vielen Freiwilligen. Die neu zu schaffende Stelle soll im Wesentlichen all diese Angebote koordinieren, als regionale Anlaufstelle agieren, Doppelspurigkeiten ausmerzen, respektive Angebote zusammenführen und Angebotslücken schliessen. Im Kanton Aargau gibt es aktuell schon sieben solche Fachstellen. Diese existieren unterschiedlich lange. Die meisten wurden aber erst in den letzten beiden Jahren gegründet. Um es im Fachjargon der Firmengründerszene auszudrücken. Die Region Lenzburg Seetal wäre kein First Mover mehr aber ein Early Adopter. Die Karte zeigt in der Vorlage ausserdem, dass es noch diverse Nachzügler gäbe.

Die Basis für die Fachstelle bildet ein Konzept, welches von vier von diesen 26 Gemeinden vom Lebensraum Lenzburg Seetal, noch einmal kurz LLS, mit Unterstützung von einer externen Projektleitung erarbeitet worden ist. Neben Lenzburg waren das Niederlenz, Schafisheim und Seon. Das Konzept wurde uns in der Vorlage zugänglich gemacht, was wir begrüßen.

Die Kosten für das Konzept wurde, gemäss Auskunft vom Stadtrat, vom Kanton übernommen. An der Pilotphase beteiligen sich jetzt fünf von diesen 26 LLS-Gemeinden. Niederlenz hat noch zu der Erstellung des Konzepts beigetragen wird aber aus Kostengründen nicht am Pilot teilnehmen. Neu machen dafür Seengen und Hallwil mit. Lenzburg wirkt als Leitgemeinde, was bedeutet, dass die Fachstelle in unserer Stadt angesiedelt wird.

Im Rahmen des Konzepts ist ermittelt worden, dass für die Fachstelle und die Koordination der Freiwilligenarbeit im Asylwesen Total 120 Stellenprozent nötig sind. Aus der Vorlage entnehmen wir, dass 80 Stellenprozent für die Projektleitung der Fachstelle Integration vorgesehen sind und 40 Stellenprozent für die Projektmitarbeit. Die GPFK ist von 40 %-Stellen generell nicht begeistert, weil sie in unseren Augen nicht Ausdruck von Effizienz sind. So geht doch erfahrungsgemäss ein guter Teil der Arbeitszeit verloren, wenn man jeweils in der Folgeweche sich selbst auf den neusten Stand bringen muss. Als Vorsorgespezialistin bin ich davon genauso wenig begeistert, weil so tiefe Pensen oft auch keinen Anschluss an die berufliche Vorsorge ermöglichen.

Die beiden Stellen würden aber nicht mit dem fixen Pensum ausgeschrieben, hat uns der Stadtrat bestätigt, sondern mit einer Spanne von 40 bis 60 % beziehungsweise 60 bis 80 % und so lässt sich dann hoffentlich ein sinnvolles Pensum kreieren. Gefragt haben wir uns auch, ob dabei für die Projektmitarbeit tatsächlich ein Hochschulabschluss nötig ist. Allerdings sollen sich ja, das können wir auch dieser Vorlage entnehmen, die beiden Personen gegenseitig vertreten können. Bei den Personalkosten, welche sich daraus ergeben, ist es so, dass die von der Fachstelle zu 60 % vom kantonalen Integrationsprogramm kurz KIP übernommen werden. Diejenige für die Koordination der Freiwilligen im Asylwesen kurz KFA werden vollumfänglich vom Kanton finanziert, inklusive Ausstattung des Arbeitsplatzes. Die GPFK hat sich noch erkundigt, wo dann die beiden Stellen organisatorisch und physisch angesiedelt würden. Organisatorisch werden die beiden Personen im Fachbereich Jugend und Familie der Abteilung Soziale Dienste zugeordnet. Wo die Arbeitsplätze eingerichtet werden, ist noch nicht abschliessend bestimmt, voraussichtlich aber dem Hirzelhaus, wo heute schon die Jugendarbeit untergebracht ist.

Mit dieser Vorlage und den Beteiligungen durch das KIP, welche ich erklärt habe, finanzieren die fünf beteiligten Gemeinden in der Pilotphase die Personalkosten mit 40 %. Der Arbeitsplatz der Fachstelle Integration muss vollständig übernommen werden und die Projektkosten von CHF 5'000. Diese sind gedacht für Auftritte und eigene Anlässe.

Die Gesamtkosten von knapp CHF 212'000 für die dreijährige Pilotphase werden anteilmässig nach der Anzahl Einwohner unter diesen fünf teilnehmenden Gemeinden aufgeteilt. Somit haben wir heute Abend über Ausgaben von CHF 92'790 für das Pilotprojekt aus der Kasse von Lenzburg zu befinden. Der Betrag würde ja an sich in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Er hat uns die Vorlage aber gleichwohl unterbreitet, weil es sich eben um eine neue Aufgabe handelt. Die GPFK begrüsst das Vorgehen. Wir empfehlen die Vorlage einstimmig zur Annahme. Die SVP-Fraktion wird dieser Vorlage ebenfalls einstimmig zustimmen. Eine gewisse Skepsis in unseren Reihen gegenüber diesem Vorhaben besteht aber gleichwohl. Der Stadtrat will bereits nach zwei Jahren einen Entscheid treffen, ob die Fachstelle nach dieser Pilotphase weitergeführt werden soll. Wir haben Zweifel, dass nach so einer kurzen Zeit bereits ein qualifizierter Entscheid möglich ist. Zumal auch von anderen Gemeinden noch keine grossen Erfahrungswerte bestehen.

Erfahrungen von anderen Regionen zeigen auch, dass es mindestens etwa ein Jahr braucht, bis eine solche Stelle voll funktionstüchtig ist. Andere Regionen, beispielsweise im Fricktal, haben auch deutlich längere Pilotphasen von bis zu sieben Jahren gehabt. Welche Kosten dann auf uns zukommen, wenn es in einen Regelbetrieb überführt wird, hängt stark davon ab, wie viele Gemeinden sich dann tatsächlich an dieser Fachstelle beteiligen. Wie viele von diesen 26 LLS-Gemeinden das sind, müsste sich erst erweisen und auch diese würden sich sicher mehr Erfahrungswert wünschen.

Unseres Erachtens würde ein längerer Pilotbetrieb auch im Einklang damit stehen, dass eine Integration auch ein längerer Prozess ist. All diese vielen Integrationsangebote in Ehren, aber Integration ist und bleibt ein zweiseitiger Prozess. Sie setzt also genau so den Willen und die Bereitschaft der Migrantinnen und Migranten voraus, sich zu integrieren. Dass dies nicht in allen Fällen gegeben ist, haben wir alle schon in der einen und anderen Form erlebt. Darum wünschen wir uns auch, dass aus diesem Pilotprojekt ersichtlich ist, was wir in dieser Form bewirken können. Danke.

Sofie Kamber (SP): Geschätzter Präsident, liebe Mitglieder aus beiden Räten und liebe Besuchende. Von Integration profitieren nicht nur die betroffenen Personen. Von Integration profitieren wir alle.

Eine gelungene Integration von Migrantinnen und Migranten bedeutet eine Erhöhung der Beschäftigungsquote im Arbeitsmarkt. Es bedeutet auch eine bessere Bildung und es bedeutet mehr kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft. Das sieht auch der Kanton so und darum fördert er die Schaffung von regionalen Integrationsfachstellen. In der Region Lenzburg Seetal gibt es im Moment noch keine solche Fachstelle und darum soll jetzt das Pilotprojekt gestartet werden. Das RIF hat verschiedene Vorteile. Regelstrukturen wie zum Beispiel Schulen werden entlastet. Die regionale Zusammenarbeit kann gefördert werden, indem zum Beispiel Synergien geschaffen oder Erfahrungswerte ausgetauscht werden. Die freiwillige Arbeit wird besser koordiniert und kann so besser genutzt werden. Ich finde es ein gut ausgearbeitetes Projekt, bei welchem man auch sieht, weshalb in der Region Lenzburg ein solches RIF benötigt wird. Ich bin auch froh, dass ein Evaluierungskonzept ausgearbeitet werden soll. So kann man am Schluss schauen, ob die Ziele, welche man sich gesetzt hat, auch erfüllt worden sind.

Wir freuen uns, dass die Stadt Lenzburg sich für mehr Integration einsetzt und wir von der SP und auch von den Grünen stimmen deshalb den Ausgaben von CHF 30'930 Franken pro Jahr gerne zu. Merci.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, liebe Mitglieder von beiden Räten liebe Besucher, liebe Gäste.

Es freut mich sehr, dass auch die Mitglieder von den anderen Gemeinden heute da sind. Das ist doch grossartig. Wir sind froh, dass diese regionale Integration jetzt auch über Gemeindegrenzen hinweg stattfindet. Wir finden es gut, dass man anerkennt, dass Migration und Integration zusammengehören. Das ist ein Riesenthema, welches uns beschäftigen muss und wir zusammen mehr erreichen als allein. Ich habe vorher von der Schule gesprochen, welche ein Brennpunkt ist. Dies vor allem auch aufgrund der Integration. So ist dieses Thema wirklich ein Brennpunkt, von dem ich denke, er wird sich in Zukunft nur noch verstärken. Darum ist es gut, wenn wir heute Strukturen schaffen, und es freut mich auch, dass dies in Lenzburg bei den Sozialen Diensten angesiedelt werden soll. Ich glaube, da sind Kompetenzen und Synergien vorhanden.

Gleichzeitig fällt auf, dass wir viele solche regionalen Kooperationen gerade in den Sozialen Diensten haben. Ich glaube, es ist schon eine Herausforderung mit so vielen verschiedenen Gremien. Das ergibt zusätzliche Sitzungen, in denen man sich absprechen muss. Man darf ein Augenmerk darauf haben und es wäre schön, wenn solche übergemeindlichen Gremien vielleicht immer aus den gleichen Gemeinden bestehen könnten. Ich weiss, das ist vielleicht ein Wunschtraum.

Auch der LLS arbeitet überregional. Ich empfinde die ganze überregionale Zusammenarbeit ein bisschen als eine Baustelle, und ich weiss, dass die Verwaltung da dran ist. Ich denke das hat sicher Optimierungspotential.

Die Kehrseite sind die Angebote, welche schon bestehen wie Familie+, da weiss ich die machen viel im Bereich Integration. Also bei allem, was wir neu schaffen, dürfen wir das Bestehende nicht vergessen. Das müssen wir stärken, da haben wir einen Auftrag. Wir haben viele fremdsprachige Kinder, welche diese Krabbel- und Spielgruppen besuchen. Ich glaube es ist wichtig, dass man als Stadt nicht nur die neuen Angebote fördert, sondern auch das Bestehende. Oft ist das auch in der Wirtschaft so. Man fördert Start-Ups und vergisst dabei ein wenig, was wir schon haben. Grundsätzlich glaube ich, ist es gut, dass wir das bei uns haben und ein Augenmerk auf die Integration haben. Ich denke es ist auch wichtig, dass wir überparteilich gut zusammenarbeiten.

Ich habe noch einen letzten Punkt, bei dem ich mir überlegt habe, ob ich ihn bringen soll oder nicht. Aber ich bringe es nun. Wir haben zwei starke Kirchgemeinden in Lenzburg, welche ebenfalls Steuer-gelder beziehen. Ich glaube früher hatten diese auch einen Auftrag nicht nur im kulturellen Bereich. Ich denke gerade bei gesellschaftlichen Themen gibt es vielleicht auch einen Auftrag an die Kirche. Dies einfach eine Klammerbemerkung. Es kann sich jede und jeder hier selbst Gedanken dazu machen. Vielen Dank.

Abstimmung

Die Pilotphase RIF wird einstimmig angenommen.

4 Parzelle Nr. 2995: ehemaliges ABB-Areal; Erwerb einer Teilfläche; Kredit

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zum nächsten Geschäft. Erwerb einer Teilfläche ehemaliges ABB-Areal bzw. auch BBC-Areal. Francis Kuhlen wird uns von Seiten GPFK in das Geschäft einführen.

Francis Kuhlen (FDP): Nochmal ein kollektives Grüezi an alle. Die Ausgangslage ist klar. Der Werkhof und die SWL sind in einem Gebäude, bei welchem bezüglich der Statik, Erdbebensicherheit und Energietechnik grosse Investitionen notwendig wären. Im Finanzplan wurden dazu entsprechende Positionen vorgesehen. Das Gebäude der Forstwirtschaft ist abgebrannt. Die Forstwirtschaft ist provisorisch im Zeughausareal untergebracht. Nach der neuen BNO gehört das heutige Werkhofareal stadtplanerisch zur Spezialzone Aabach Nord und ist damit ein strategisch wichtiges Siedlungs- und Entwicklungsgebiet. Folglich war man auf der Suche nach einem geeigneten Ort um Werkhof, Forstwirtschaft und SWL neu unterzubringen. Wie ein Deus ex Machina kommt da das Angebot mit Bietverfahren der ABB für das Grundstück im Lenzhard. Nach neuer BNO liegt es in der Arbeitszone AR2. Die Vorteile sind bestechend:

- Das Areal ist mit rund 30'000 m² genügend gross um den Werkhof, die SWL und das Forstwesen unterzubringen.
- Das Areal passt für Werkhöfe. Es liegt in einer Arbeitszone an der Peripherie der Stadt und doch nicht allzu fern vom Zentrum.
- Durch seine Lage besteht sogar die Möglichkeit zum Kiesabbau. Dafür müsste aber noch die entsprechende Konzession beantragt und erworben werden.
- Damit kommt das bestehende Werkhofareal seiner in der BNO vorgesehenen Zweckbestimmung näher. Mit der Aufzonierung aus der Zone für öffentliche Bauten in die Spezialzone Aabach Nord wird das Areal eine potenziell nicht zu unterschätzende finanzielle Aufwertung mit sich bringen.

Es gibt aber zwei grosse Herausforderungen:

- Durch die industrielle High-Tech Nutzung der Vergangenheit ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sich substanzielle Altlasten auf dem Gelände befinden.
- Das ABB-Areal ist für die ins Auge gefassten Bedürfnisse der Stadt zu gross. Eine Aufteilung kommt für den Verkäufer nicht in Frage. Man braucht einen Partner.

Ohne genau zu wissen, wie aufwendig die Suche nach einem Partner war, können wir sagen, dass die Suche ein Erfolg war. Mit der RBL wurde ein idealer Partner ins Boot geholt, der wie die Stadt Lenzburg im öffentlichen Dienst tätig ist und damit durchaus grosse gemeinsame Interessen hat. Die zumindest gefühlt grössere Herausforderung sind die möglichen Altlasten, wofür aber der Verkäufer bereit ist, die Kosten zu übernehmen, sauber nach dem Verursacherprinzip. Viel Aufwand wurde geleistet, um den Umfang der Altlasten, d.h. die Art und Quantität der umweltbelastenden Stoffe und auch die Kosten für deren Entsorgung abzuschätzen.

Mit der Anwesenheit von Herrn Krieg der Firma Econetta AG konnten wir uns an der Sitzung der GPFK in diese Thematik vertiefen. Econetta AG ist die Firma, welche mit der Plausibilisierung der Gutachten beauftragt wurde. Herr Krieg konnte uns glaubhaft versichern, dass alles Mögliche und Sinnvolle unternommen wurde, um das Risiko für eine Fehleinschätzung weitgehend einzugrenzen. Eine offene Frage bleibt bei PFAS, wovon geringe Mengen im Grundwasser festgestellt wurden, während in keiner der gemachten Proben PFAS auf dem Areal nachgewiesen werden konnte. Nach

Meinung der Fachleute ist die Quelle vom PFAS im Grundwasser schlicht unbekannt. Sehr kreativ ist der Stadtrat geworden, um die Modalitäten für den Kauf festzulegen. Der Grund liegt bei der Begrenzung der finanziellen Kompetenz des Stadtrats, welche CHF 2,5 Millionen beträgt. Ich möchte nun nicht das Konstrukt für die Akquisition mit der Beteiligung von Kies Lenz und der Ortsbürgergemeinde hier wiederholen, weil es in den Unterlagen sehr gut beschrieben ist und den Interessierten an der Informationsveranstaltung auch klar dargestellt wurde. Bekanntlich mache ich dem Stadtrat nur selten zu einer Einwohnerratsvorlage ein Kompliment. Meine Damen und Herren, bei der ersten Kenntnisnahme dieser Vorlage war meine Reaktion: Da kann man wieder nur Ja oder Ja sagen. Dem ist nicht so. Der Stadtrat hat im Falle eines Neins durch den Einwohnerrat einen Plan B vorgesehen, welcher funktioniert. Allerdings bin ich, zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der GPFK der Meinung, dass wir in der Tat Ja sagen müssen. Bei der Vorlage handelt es sich um eine sehr sinnvolle und auch finanziell interessante Investition, unabhängig vom möglichen Kiesabbau. Das heutige Werkhof-Areal als Teil von Industrie Nord bekommt eine substanzielle Aufwertung. Ein 30'000 m² Areal wird von Altlasten befreit sein. Wir schaffen die Voraussetzungen um Werkhof, SWL und Forstwesen in einem umwelt- und arbeitstechnisch nachhaltigen Gebäude unterzubringen. Die Partnerschaft mit der Reisezentrum AG führt möglicherweise auch zu Synergien. Die GPFK empfiehlt einstimmig die Annahme der städträtlichen Vorlage. Philippe Minnig hat sich an der GPFK-Sitzung enthalten, weil er als Notar für die notariellen Aspekte des Kaufs verantwortlich war. Auch die FDP-Fraktion wird der Vorlage einstimmig zustimmen, wobei auch hier aus den genannten Gründen Philippe Minnig und Simona Minnig sich enthalten werden. Vielen Dank.

Rudolf Baumann (SVP): Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder, geschätzte Gäste im Saal, ich kann mich kurzhalten. Francis Kuhlen hat bereits fast alles gesagt was es zu sagen gibt. Ich bin aber noch ein bisschen in die Vergangenheit des Areals gegangen und habe einmal geschaut, wie das überhaupt alles zu Stande gekommen ist. Anfangs der Sechzigerjahre hat die Stadt Lenzburg im sogenannten Rodungsgebiet das Land für Industrieland umgezont. Rodungsgebiet deshalb, weil man in den Kriegsjahren Wald gerodet hat, um Kartoffeln anzusetzen. 1964 hat die Firma Gutor Automation der erste Betrieb aufgebaut. Das Areal ist gewachsen und ist dann in die BBC übergegangen. Dann kam die ABB und es gab viele Untergruppen, welche sich auf dem Gebiet niedergelassen haben. Auch ein Lackierwerk war mal da angesiedelt. Ziemlich genau 60 Jahre später ist das alles Geschichte und man kann das Land kaufen. Die Stadt und die Regionalbus Lenzburg AG wollen dieses Land kaufen. Das finden wir gut. Was wir ein bisschen schade finden, ist, dass gutes Industrieland, welches auch für ein anderes Gewerbe, wie eine Produktionsfirma o.ä., hätte genutzt werden können, nun nicht in den öffentlichen Verkauf geht. Eine Produktionsfirma hat nun nicht die Möglichkeit nach Lenzburg zu kommen. Aber für die Stadt und die RBL ist das sicher ein gutes Projekt. Es ist auch sinnvoll dies so zu nutzen. Die Fraktion der SVP wird ebenfalls einstimmig Ja dazu sagen.

Daniel Frey (EVP): Liebe Leute im Saal, ich muss sagen, der Stadtrat hat das Geschäft geschickt eingefädelt. Wir brauchen diese Fläche und wir haben Potential diese auszufüllen. Ich denke im jetzigen Werkhof stehen wir an allen Ecken an. Der Stadtrat hat seine Kompetenzsumme geschickt eingesetzt. Es gibt auch ein Plan B, wenn wir dieses Geschäft heute ablehnen. Das ist immer gut. Das Risiko ist abschätzbar mit diesen Altlasten und die Partner, mit denen man zusammenarbeiten will, sind eine gute Sache. Die EVP und Mitte Fraktion werden dem Geschäft ebenfalls zustimmen.

Anja Kroll (Grüne): Liebe Leute, in Anbetracht der Bedeutung des Geschäfts haben wir uns in der SP-Grüne-Fraktion abgesprochen, dass ich jetzt auch noch was sagen darf. Für mich ist die Zusammenfassung des Geschäfts, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Ich war schlicht begeistert nach der sehr informativen Präsentation. Vielen Dank dafür. Das Geschäft ist wie ich finde exzellent vorbereitet und es hat viel Kreativität gebraucht. Wenn man da genau hinschaut, dann sieht man auch das es immens viel Arbeit gewesen sein muss, die Details auszuarbeiten. Man sieht die Leistungsfähigkeit von unserer Immobilienabteilung und ich bin sicher, dass war nicht immer so. Das hat auch mit gewissen personellen Wechsels zu tun und ich finde es grossartig, dass wir an dem Punkt sind und dass wir dieses Geschäft nicht verpassen.

Bei aller Kreativität ist es auch im juristischen Sinn legal und legitim. Schlussendlich hat der Souverän das letzte Wort und das freut uns alle sehr. Es ist möglich mit den CHF 2,5 Millionen die man als Handlungsspielraum hat auch ein grösseres Geschäft zu machen. Es ist möglich, wenn man es will. Es ist auch zukunftsorientiert ein perfect Match und ich finde es natürlich schön, dass auf diese Art und Weise die öffentliche Hand zum Handkuss kommt. Als Grüne freut mich sehr, dass so wertvoller Boden den Spekulationen anderer entzogen wird. Wir müssen nicht Ja sagen, aber wir wollen Ja sagen. Das Geschäft überzeugt uns komplett. Was ich für mich mitnehme, wenn es in Zukunft bei irgendeinem Geschäft kein Weg gibt dann schliesse ich daraus, dann war der Wille wohl auch zu wenig da. Wie wir sehen, ist fast alles möglich, wenn man will.

Thomas Schaer (SP): Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt hat einmal gesagt, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. Das kann man bei gewissen Visionen durchaus diskutieren. Für uns ist jetzt aber die Vorlage und auch das Vorgehen visionär und sehr zu begrüssen und zukunftsgerichtet. Vor etwa drei Jahren haben wir eine Motion eingereicht mit dem Titel «Boden behalten, Lenzburg gestalten». Darin geht es eben darum, dass die öffentliche Hand Boden haben soll oder den Boden nicht weggeben soll oder wie in diesem Fall, den Boden erwerben soll. Wir finden es eine grossartige Vorlage, grossartig wie vom Stadtrat vorgegangen wurde aber auch die zuständige Stelle in der Verwaltung, welche Fachwissen für so ein Geschäft benötigt hat. Aber eben auch die kreative visionäre Umsetzung, welche uns vorgelegt wird und die vielen Möglichkeiten, welche geboten werden. Möglichkeiten was freigespielt werden kann im Gebiet Aabach Nord aber auch was auf dem ABB Areal passieren kann. Es wurde erwähnt, es wäre auch schön, wenn das Gebiet von der Wirtschaft genutzt werden könnte. Es ist ja noch nicht gesagt, was dort alles untergebracht wird. Mir persönlich hat auch sehr imponiert, dass die RBL Bekenntnis zeigt, dort mitzumachen und auch die Äusserung an der Infoveranstaltung, dass die RBL ab 2034/2035 emissionsfrei unterwegs sein möchte. Emissionsfrei nicht mit dieser Flotte, welche sie jetzt haben, sondern in Bezug auf den Viertelstundentakt, der bis dahin eingeführt werden soll. Also mit noch mehr Bussen und eben emissionsfrei. Das lässt sich an diesem neuen Ort gut umsetzen und ist eine grossartige Kombination.

Darum, die SP-Fraktion wird dieser Vorlage ebenfalls einstimmig zustimmen und dankt dem Stadtrat aber eben auch den beteiligten Personen in der Verwaltung sehr für das Vorgehen und die Vorlage und das visionäre denken dabei. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Simona und Philippe Minnig sind im Ausstand. Wir haben entsprechend 33 Stimmen. Wer diesem Geschäft wie in der Vorlage zustimmen kann, soll das bitte bezeugen durch Aufstehen.

Abstimmung

Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Vizeamman Andreas Schmid: Liebe Wohnerrätinnen und Wohnerräte. Ich möchte die Gelegenheit gleich nutzen, um Danke zu sagen. Ich möchte euch Danke sagen für das Ja zu dieser Vorlage und für euer Vertrauen in dieses Geschäft. Es ist ein nicht einfaches Geschäft. Es ist relativ komplex und es gibt immer noch Risiken, welche da sind. Aber es wurde gesagt, das Vertrauen ist da, dass die Risiken abgeklärt wurden und nach bestem Wissen und Gewissen mit den Fachleuten besprochen, sodass dieser Vorlage zugestimmt werden konnte. An dieser Stelle recht herzlichen Dank an den Wohnerrat. Aber ich nutze die Gelegenheit auch gleich, um anderen Dank auszusprechen. Wir haben jetzt über ein Jahr an diesem Geschäft gearbeitet. Es war eine intensive und emotionale Zeit. Es war eine Berg- und Talfahrt. Ich denke ich kann sagen, der gesamte Stadtrat hat ausserordentlich Freude, dass das Geschäft jetzt im Wohnerrat eine weitere grosse Hürde genommen hat. Wir blicken mit dem einstimmigen Ergebnis im Wohnerrat zuversichtlich in den September zur Urnenabstimmung. Es gibt einige Personen, welche ich speziell verdanken möchte. Das ist einerseits Linda Kleiner, Abteilungsleiterin Immobilien für ihr wirklich ausserordentliches Engagement in diesem Geschäft. Ich glaube, es ist nicht selbstverständlich eine solche Bereitschaft zu erbringen, damit so ein Geschäft zum Abschluss kommen kann. Aber auch dem Stadtschreiber Christoph Hofstetter, welcher mit Fingerspitzengefühl in rechtlichen Belangen aufgezeigt hat, wie der Weg sein könnte, sodass man alles im richtigen Rahmen umsetzen konnte. Auch das war eine sehr wertvolle Unterstützung, auf welche wir zurückgreifen konnten. Ich danke aber auch der Reisezentrum AG, welche jederzeit Verständnis hatte, dass wir ein wenig speziell sind mit Finanzkompetenzen und politischen Prozessen. Auch diese Zusammenarbeit schätzen wir sehr, recht herzlichen Dank.

Wohnerratspräsident Beat Hiller: Besten Dank Andi. Wie bereits erwähnt, wird es hier noch eine Volksabstimmung geben. Ich denke aber mit der Einigkeit hier im Rat dürfte das auch vor dem Volk durchkommen.

5 **Wohnerrat: Postulat der SVP: Weiterführung des physischen Aushangs von Todesanzeigen; Bericht und Antrag des Stadtrats**

Wohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zum nächsten Geschäft. Das Postulat der SVP Weiterführung des physischen Aushangs von Todesanzeigen. Die Todesanzeigen werden nur noch beim Rathaus ausgehängt und im Internet publiziert. Die Antwort des Stadtrats zu diesem Postulat liegt vor.

Postulat:

Die Wohnerratsfraktion der Schweizerischen Volkspartei (SVP) reichte am 15. September 2022 ein Postulat mit dem Titel «Stopp dem Abbau des Service public - für die Weiterführung des physischen Aushangs von Todesanzeigen» ein. In der Begründung wird darauf hingewiesen, dass insbesondere ältere Einwohnerinnen und Einwohner, die weniger digital affin sind, Schwierigkeiten haben, Zugang zu Mitteilungen über Todesfälle zu erhalten, wenn nicht sogar vollständig von diesen ausgeschlossen sind. Die Standorte der Anschlagkästen waren soziale Treffpunkte, die nun weggefallen sind. Es wird argumentiert, dass die Bewirtschaftung dieser Kästen den Mitarbeitenden der Regionalpolizei oder des Werkhofs zumutbar sei, da sie ohnehin an allen Werktagen im städtischen Gebiet tätig sind. Die Einsparung von Arbeitsstunden wird nicht als hinreichende Begründung akzeptiert, da die Verwaltung in den letzten Jahren kontinuierlich personell aufgestockt wurde.

Bericht und Antrag:

1. *Bis Februar 2022 betrieb die Stadtverwaltung sechs externe Standorte für die Veröffentlichung von Bestattungsanzeigen, nämlich am Keltenweg, in der Seifi, beim alten Landgericht, an der Augustin Keller-Strasse, der Hallwilstrasse und der Wolfsackerstrasse. Die Verwaltung dieser Kästen oblag früher der Stadtpolizei und später der Regionalpolizei. Zusätzlich erfolgte der Aushang von Bestattungsanzeigen im Schaukasten des Rathauses direkt durch die Mitarbeitenden der Einwohnerdienste/des Bestattungsamts. Die Veröffentlichung von Todesfällen erfolgt grundsätzlich nur mit der Zustimmung der Angehörigen und ist für sie kostenfrei.*
2. *Die alten Kästen sind in die Jahre gekommen und konnten den heutigen Anforderungen schon seit geraumer Zeit nicht mehr gerecht werden. Sie waren aufgrund des Bevölkerungswachstums zu klein geworden, um sämtliche Anzeigen angemessen zu platzieren. Zudem fehlte es an einem Schutz vor Witterungseinflüssen und Vandalismus. Es kam wiederholt zu Vorfällen, bei denen Todesanzeigen angezündet, beschmiert oder gar abgerissen wurden. Teilweise befanden sich die Kästen bereits in einem derart schlechten Zustand, dass ein Ersatz dringend erforderlich gewesen wäre.*

II.

1. *Der Stadtrat hat vor der Abschaffung folgende zwei Varianten geprüft:*

Variante 1; Status Quo beibehalten und Anschaffung von grösseren, witterungs- und vandalismusgeschützten Kästen

Bei Variante 1 sollten die bisherigen Schaukästen durch neuere, grössere Modelle im Format A3 ersetzt werden. Es wäre erforderlich gewesen zu prüfen, ob an allen Standorten die Installation grösserer Kästen möglich gewesen wäre. Der bisherige Ablauf hätte unverändert fortgeführt werden sollen, d.h. die Bestattungsanzeigen wären weiterhin durch das Bestattungsamt gedruckt worden und die Bewirtschaftung der Aushänge wäre weiterhin durch die Regionalpolizei erfolgt. Neben den Investitionskosten für die neuen Kästen von CHF 1'500 pro Stück wären jährliche Aufwendungen für die Regionalpolizei sowie für Unterhalts- und Reinigungskosten von insgesamt 80 Arbeitsstunden (Stand heute) geblieben.

Variante 2; Verzicht auf externe Kästen, dafür Kommunikation im LBA und/oder in der AZ, auf der Webseite und physisch beim Rathaus

Die bisherigen Kästen für die Todesanzeigen wären bei dieser Variante nach entsprechender Kommunikation ersatzlos entfernt worden. Die Todesfälle wären, wie bisher täglich im Anschlagkasten beim Rathaus publiziert worden. Im LBA und oder der AZ wären die Todesfälle unter den amtlichen Publikationen, wöchentlich oder täglich publiziert worden, ebenso auf der Webseite der Stadt Lenzburg. Der jährliche interne Aufwand für die Publikationen wäre bei sieben bis zehn Arbeitsstunden gelegen.

2. *Ein Vergleich mit anderen Gemeinden zeigte, dass z.B. Aarau und Neuenhof keine solche Aushänge mehr betreiben, denn einen gesetzlichen Auftrag gibt es dafür nicht. Die Gemeinde Mumpf und die Stadt Zofingen haben nur noch eine öffentliche Aushängestelle.*
3. *Aufgrund dieser Informationen und unter Abwägung der Vor- und Nachteile, hat der Stadtrat am 2. Februar 2022 beschlossen, die Bewirtschaftung der sechs Aussenstandorte einzustellen. Auf die Möglichkeit, einer Publikation unter den amtlichen Publikationen im LBA und/oder der AZ, wurde verzichtet, da einerseits die Aktualität im LBA nicht gegeben wäre, weil dieser nur wöchentlich erscheint und die AZ zu unpersönlich bzw. keinen flächendeckenden kostenlosen Service sicherstellt. Vor der Demontage der Anschlagkästen wurde in diesen Kästen während mehreren Wochen eine entsprechende Mitteilung angeschlagen, dass diese Kästen entfernt werden. Der Aushang beim Rathaus sollte weiterhin bestehen bleiben. Weiterhin sollte den Angehörigen die*

Möglichkeit geboten werden, die Bestattungsmeldung auf der Webseite der Stadt kostenlos aufzuschalten. Die Abteilung Standortentwicklung & Kommunikation veröffentlichte eine entsprechende Medienmitteilung im Juni 2022.

III. Aktuelle Haltung des Stadtrats

1. *Der Stadtrat sieht sich in der Pflicht, einerseits wo immer möglich Kosten in der Verwaltung zu optimieren, Abläufe und Prozesse zu überdenken und Abteilungen zu entlasten, damit Ressourcen anders verteilt werden können und keine Stellen aufgestockt werden müssen. In diesem speziellen Fall wurde die damals angespannte personelle Situation bei der Regionalpolizei Lenzburg, mit dieser Massnahme stark entlastet. Auch der Vergleich mit ähnlichen Gemeinden zeigt, dass die bisherige Praxis mit sechs dezentralen Anschlagkästen nicht mehr zeitgemäss ist. Zudem kann die digitale Lösung, Publikation auf der Webseite der Stadt Lenzburg, zeitnah erbracht werden und ist immer aktuell, ebenso der physische Anschlag beim Rathaus. Es kommt nicht selten vor, dass nachträglich noch Änderungen in den Aushängen gemacht werden müssen. Früher mussten dann all die Anzeigen in den Kästen wieder geändert werden. Dazu kommt, dass sich immer mehr Angehörige gegen eine Veröffentlichung entscheiden. Stand heute verzichtet bereits die Hälfte der Betroffenen darauf.*
2. *Der Stadtrat ist überzeugt, mit der getroffenen Lösung eine zukunftsorientierte und dennoch publikumsnahe Möglichkeit gefunden zu haben. Den nicht digitalaffinen Personen steht weiterhin der analoge Aushang im Rathaus zur Verfügung und den anderen Personen die digitale Version auf der Webseite der Stadt.*
3. *Seit der Entfernung der Kästen ist schon mehr als ein Jahr vergangen. Am Anfang gab es noch einzelne Bürgerinnen und Bürger, die sich nach den Kästen erkundigt haben. Inzwischen ist dies schon länger nicht mehr der Fall.*
4. *Aus diesem Grund hat sich der Stadtrat erneut entschieden, die heutige Situation, mit einem physischen Aushang beim Rathaus, sowie der Möglichkeit der Aufschaltung auf der Webseite, beizubehalten und auf eine Wiedereinführung der dezentralen Bestattungskästen, zu verzichten.*

Michael Häusermann (SVP): Ich öffne kurz eine Klammer. Ich gebe der Präzisierung von Dani Mosimann recht, wenn es um die Anschlussgebühren geht. Aber es hat im Bericht noch eine zweite Gebühr und das ist die Publikationsgebühr. Das ist eben offenbar auch eine Gebühr, die verrechnet wird oder nicht. Es ist also nicht alles ganz so sauber aber die Anschlussgebühren werden offenbar von allen bezahlt. Gut, Themenwechsel.

Geschätzte Anwesende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vor allem des Einwohnerrats. Der Tod, das Sterben und das unwiderrufliche Ende des Lebens ist schon an sich eine traurige Angelegenheit. Aber die Beantwortung des Stadtrats auf unser Postulat ist noch trauriger. Für diejenigen, welche 2022 noch nicht im Rat waren, so sieht ihr die Entstehungsgeschichte dieser Thematik auf Seite eins und zwei. Darauf gehe ich nicht weiter ein. Ich bin aber immer noch dankbar, dass der Einwohnerrat das Postulat im Dezember 2022 überwiesen hat. Mit dieser Überweisung hat der Stadtrat eigentlich einen Auftrag erhalten. Wir haben darin simpel gefordert, dass der physische Aushang dieser Todesanzeigen fortgesetzt werden soll. Es dürfe aber auch Änderungen in Form von weniger Standorten geben. Es geht bei der ganzen Thematik dieser Todesanzeigen nicht nur um einen Verwaltungsakt, welcher Aufwand generiert, sondern hauptsächlich eben auch um eine Information an die Bevölkerung. Das Aushängen der Anzeigen ist simpel eine Information an die Bevölkerung und das haben wir in diesem Postulat geschrieben. Es ist auch eine Information vor allem an die älteren Leute der Stadt, welche nicht im digitalen Bereich tätig sind. Mit dem Wegfall des Aushangs von der Todesanzeige nimmt der Stadtrat bewusst in Kauf, dass man älteren Menschen Informationen vorenthält.

Die Haltung finde ich nach wie vor traurig und ich muss ehrlich sagen ich hätte diese Haltung einfach nicht für möglich gehalten.

Der Stadtrat führt in der Antwort aus, dass Aarau und Neuenhof keine solchen Kästen mehr betreiben. Ja lieber Stadtrat, der Aargau besteht ja nicht nur aus Aarau und Neuenhof. Der Stadtrat führt auf, dass er keine Stellen aufstocken will, sondern eher eine Stelle entlasten möchte. Lieber Stadtrat, wenn es in diesem Saal eine Fraktion gibt, welche zurückhaltend im Aufstocken von Stellen ist, dann sind wir das. Es redet niemand davon, irgendwo Stellen aufzustocken. Die anwesenden Einwohnerräte hier im Saal wissen, dass es keine Aufstockung braucht. Es braucht auch keine Polizei, um Todesanzeigen aufzuhängen. Der Werkhof ist täglich unterwegs. Mit dem Werkhof als Teil der Verwaltung wäre man locker im Stand diese Sache zu übernehmen. Wer in der Stadt unterwegs ist sieht fast täglich beispielsweise die Reinigungsmaschine, welche die Strassen reinigt. Aus unserer Sicht wäre es durchaus zumutbar für den Herrn noch einen Halt zu machen und einen Zettel auf- oder abzuhängen. Aber eben, der Stadtrat will nicht. Es ist einfach so. Anja Kroll hat vorhin ein wunderbares Zitat gebracht. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Bei dieser Thematik hat der Stadtrat einfach keinen Willen und deshalb gibt es kein Weg. Das ist schade und traurig. Eine traurige Haltung zu einem traurigen Thema. Wir finden es auch traurig, dass der Stadtrat diese Entscheidung allein getroffen hat. Aus unserer Sicht wäre das auch ein Thema für die Gesellschaftskommission. Aber es kam niemandem in den Sinn, diese Kommission hier einzubinden.

Der Stadtrat führt in seiner Antwort die Finanzen ins Feld. Der Stadtrat sieht sich in der Pflicht, Zitat «wo immer möglich die Kosten in der Verwaltung zu optimieren» Zitatende. Da bin ich im Grundsatz voll bei ihnen, wenn es darum geht, Geld zu sparen. Aber wir sprechen bei dieser Thematik etwa von CHF 5'000 – CHF 6'000. Dies bei einem Budget mit einem betrieblichen Aufwand von rund CHF 62 Millionen. Lieber Stadtrat, bei dieser Thematik der Todesanzeigen, den Aspekt der Finanzen zu bringen ist aus unserer Sicht absurd. Dieses Argument ist gesucht. Ich erinnere euch daran, dass vor noch nicht allzu langer Zeit der Stadtrat mit dem Projekt MOVE über CHF 1 Million in den Sand gesetzt hat. Dies hatte keinerlei Konsequenzen und wir haben den Eindruck, es interessiert niemanden mehr, dass diese Million weg ist. Ich erinnere gern daran, dass der Stadtrat im Herbst 2023 für sich einen Teuerungsausgleich von 2 % beantragt hat. Bei einer Lohnsumme von CHF 480'000 sind das CHF 9'600. Wo war hier die Pflicht des Stadtrats, Kosten zu optimieren? Der Stadtrat führt auf, dass niemand mehr nach den Kästen gefragt hat und dass diejenigen, welche sich das anschauen wollen, dies im Rathaus tun können. Ja lieber Stadtrat, diejenige Bevölkerungsgruppe, welche die Kästen nämlich hauptsächlich braucht, sind nicht diejenigen, welche einen Beschwerdebrief schreiben oder mit juristischem Beistand ins Rathaus fahren. Wenn man dann noch in der Zeitung lesen kann, dass ein Postulat im Gang ist, dann erübrigen sich die Beschwerdebriefe. Was den Standort vom Rathaus anbelangt, so ist der Standort optimal für Menschen, die in der Altstadt wohnen, oder für die Stadträte, welche mehrmals wöchentlich im Rathaus unterwegs sind. Aber es gibt auch noch die Bevölkerung, welche auf der Westseite des Aabachs wohnt. Im Lenz hat es ein Altersheim und im Namen dieser Bevölkerung bedanke ich mich für diese Antwort. Wo bleibt denn hier der soziokulturelle Ausgleich? Eure Haltung der älteren Generation gegenüber ist falsch und das stimmt mich traurig. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, der Stadtrat will nicht und er verweigert in dem Fall die Arbeit auf ein Postulat, welches von uns überwiesen wurde. Aus meiner Sicht ist das inakzeptabel.

Ich bitte euch Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, noch einmal nach dem Dezember 2022 einen kurzen Moment an die ältere Generation von Lenzburg zu denken und meinem Antrag zuzu-

stimmen. Der Anträt lautet auf Ablehnung und Rückweisung des Berichts und Präsentation einer geeigneten Lösung mit ca. drei Aushängemöglichkeiten. Besten Dank.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist richtig. Der Tod ist eine traurige Angelegenheit. Das kann und muss man sicherlich sagen. Ich muss auch sagen, dass die Verwaltung, sowie der Stadtrat, dieser traurigen Angelegenheit das nötige Gewicht beimisst. Ansonsten hätten wir von all diesen Todesfallgesprächen, welche im Rathaus stattfinden, nicht immer wieder auch positive Rückmeldungen. Ich denke das ist wesentlich, dass wir eine ausgezeichnete, zuvorkommende und mitfühlende Dienstleitung erbringen können in diesen schweren Zeiten. Das ist das, was die Stadtverwaltung gewährleistet und das zeigt sich in diesen verschiedenen Rückmeldungen. Wir haben den Auftrag mittels Postulats erhalten, dies nochmals zu überprüfen. Wir haben dies gemacht und sind zum Schluss gekommen, dass mittlerweile 50 % der Angehörigen keinen Aushang mehr wollen. Man muss die Todesanzeigen nicht mehr aushängen, man darf oder eben auch nicht. Es sind wie gesagt 50 %, welche das nicht mehr wollen und auch sagen, das geht niemand etwas an. Wir wollen die Mitteilung über den Todesfall persönlich machen. Dort stellt sich für uns schon die Frage nach dem Aufwand. Der Mitarbeiter des Werkhofs, welcher mit der Putzmaschine fährt, macht seine Touren nach vorgegebenen Zyklen. Deshalb hat es die Regionalpolizei gemacht, weil diese flexibler sind und dies vielleicht mit einem Patrouillengang verbunden werden konnte. Es würde die Planung des Leiters Werkhof massiv erschweren, wenn er seine Leute auch dazu einteilen müsste. Ich denke, wir haben diese Antwort gegeben und sie auch begründet. Uns ist die Phase des Todes oder des Abschiednehmens nicht egal, wir haben, was die Dienstleistung angeht, im Rathaus bei den Einwohnerdiensten einen sehr guten Dienst, welcher geschätzt wird. Ich gehe davon aus, dass dieser Dienst mehr geschätzt wird, weil er alle betrifft, anstelle dieser Aushänge, welche nur noch 50 % betreffen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP auf Ablehnung und Rückweisung des Berichts und Präsentierung einer geeigneten Lösung mit ca. drei Aushängemöglichkeiten wurde mit 16 Nein zu 14 Ja Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

6 Betreibungsamt Lenzburg Seetal: Geschäftshaus «Malaga»: Niederlenzerstrasse 27: Bereitstellung und Inbetriebnahme neuer Büroräumlichkeiten: Kreditabrechnung

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaaffenden, liebe Gäste, in knapp drei Monaten feiert die Abteilung Betreibungsamt bereits das einjährige Jubiläum an ihrem neuen Standort im Malaga Haus. Im Rahmen der Rechnungsprüfung konnte sich das Prüftteam der GPFK, Anja Kroll und ich, ein Bild von den neuen Büros machen. Die Mitarbeitenden fühlen sich dort sehr wohl und sicher. Büro und Schalterräume sind zweckmässig eingerichtet. Die Arbeitsabläufe funktionieren bestens. Klienten schätzen die Diskretion, welche mit diesen geschlossenen Schalterkabinen gewährt ist. Der eine oder andere Klient käme sich zwar in diesen einen Kabinen vor wie in einer Verhörsituation, hat uns die Abteilungsleiterin berichtet. Das liegt aber weniger an diesen dicken Sicherheitsscheiben als vielmehr an der grellen Beleuchtung. Dort wird es vielleicht noch die eine oder andere Verbesserung geben.

Wir haben uns auch davon überzeugen können, dass ein dritter Beratungsschalter ohne grossen Aufwand eingerichtet werden könnte, sollte sich dem Betriebsamt noch weitere Gemeinden anschliessen. Bis das der Fall ist, ist dort das Putzmaterial untergebracht.

Im März letzten Jahrs konnte es dem Stadtrat nicht schnell genug gehen. Der Umzug hätte noch vor dem Jugendfest erfolgen sollen. Diesen eng getakteten Terminplan haben wir damals schon etwas bezweifelt. Es brauchte nämlich noch bauliche Anpassungen, nachdem wir den Verpflichtungskredit bewilligt haben. Wer die Grundrisse in der Vorlage und in der Kreditabrechnung vergleicht, stellt fest, dass zusätzlich ein Empfangsschalter eingerichtet worden ist. Dort können einfache Anfragen unmittelbar behandelt werden, ohne dass man Klienten in die Beratungsräume bitten muss. Eine Herausforderung hat auch die Akustikdämpfung für das Gruppenbüro dargestellt, welches direkt hinter dem Empfangsschalter liegt.

Andererseits wollte man nicht noch die alte IT zügeln, sondern die Büros gerade mit der neuen IT eröffnen. Das ist sicher sinnvoll, auch wenn bereits im Juli die erste Miete für die neuen Räumlichkeiten fällig war. Mit der Kreditabrechnung, welche uns jetzt vorliegt, hat es der Stadtrat dann eben nicht ganz so eilig gehabt, wie mit der Vorlage. Ivanka Basic und ich habe diese in den letzten Tagen geprüft und feststellen können, dass die Rechnungen korrekt verbucht worden sind. Schon in der Vorlage für den Verpflichtungskredit haben wir eine detaillierte Kostenaufstellung präsentiert bekommen, wie man sie sich für alle Verpflichtungskredite wünschen würde. Erfreulich ist auch, dass die Aufstellung für die Abrechnung beibehalten worden ist. So konnten wir gut nachvollziehen, wo die Kosten eingehalten wurden und wo allenfalls überschritten wurde. Überschritten wurden die Kosten bei den Positionen Ausbau und Bauleitung. Das hat mit diesen erwähnten Anpassungen der Baupläne zu tun und andererseits auch damit, dass sich die Abteilung Immobilien punktuell durch eine externe Bauleitung hat unterstützen lassen, was so nicht budgetiert gewesen ist. Begründet hat sie den Beizug der externen Bauleitung mit der Überlastung zu dieser Zeit. Wir haben vorhin gehört, weshalb. Abgesehen davon war es auch die erste Bauleitung dieser Mitarbeiterin der Abteilung Immobilien. Bei der Aufstellung der Kosten im Verpflichtungskredit ging dann noch die Berechnung vom Baukreditzins vergessen. Es schadet also nicht, sich zukünftig vielleicht ein bisschen mehr Zeit bei einer Vorlage zu lassen. Die nächste Einwohnerratssitzung in diesem Fall wäre nämlich nur knapp zwei Monate später gewesen. Gleichwohl sind bei den diversen Positionen die Rechnungen auch tiefer ausgefallen als budgetiert. Das trifft unter anderem auf die Telefonanlage, auf die Elektroanlagen, aber auch auf die Position Möbel zu. Dort ist uns aufgefallen, dass Möbel auch gebraucht, beschafft worden sind. Dies aber nicht nur von einem Anbieter, sondern über verschiedene Quellen. Von Ricardo bis zu Anbietern von Occasionsmöbeln. So wurde in diesem Fall das Budget nicht ausgeschöpft. Das finden wir grundsätzlich positiv, ob aber dieses Vorgehen effizient ist, ist für uns fraglich. Wir legen deshalb dem Stadtrat ans Herz, Grundsätze für die Beschaffung von Mobiliar und sonstigem Verbrauchsmaterial zu definieren. Überrascht waren wir, dass auch die Erstausrüstung der Küche im Aufenthaltsraum über den Verpflichtungskredit abgerechnet wurde. Da hat uns der Stadtrat aber bestätigt, dass solche Anschaffungen künftig über die laufende Rechnung und nicht mehr über einen Verpflichtungskredit erfolgen werden.

Der Eigentümer der Liegenschaft hat sich mit CHF 10'000 am Ausbau beteiligt und hat während der Bauzeit auf zwei Monatsmieten verzichtet. Ebenfalls hat er die Reinigung der Fenster übernommen. Unter dem Strich resultiert eine Überschreitung des Kredits von gut CHF 24'000 oder etwas mehr als 8 %. Dies liegt immer noch innerhalb der Kulanz. Die GPFK empfiehlt die Kreditabrechnung einstimmig zur Annahme. Die SVP-Fraktion wird dieser Abrechnung ebenfalls geschlossen zustimmen. Danke.

Janine Pfister Meier (SP): Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Gäste und liebe Presse. Mit dem finalen Layout ist das Projekt der neuen Büroräumlichkeiten des Betriebsamts Lenzburg-Seetal sehr gelungen. Der vorhandene Raum ist jetzt sinnvoller gestaltet und man hat eine adäquate und wirklich gute Lösung, auch für Gehbehinderte, gefunden und umgesetzt. Die Projektänderung mit dem Reserveschalter ist nachvollziehbar. Dass es schlussendlich ein bisschen mehr gekostet hat, nehmen wir zur Kenntnis. Gerade in einem kleinen Projekt können sich Änderungen prozentual hoch auf die Kosten auswirken. Der Zuzug einer externen Bauleitung ist sicherlich die richtige Entscheidung gewesen. Wir haben vorhin von Andi Schmid gehört, dass die Abteilung sehr beschäftigt war. Wenn man bedenkt, dass der Baukreditzins nicht im Verpflichtungskredit ausgewiesen ist und die Reserve im Kredit vergleichsweise eher niedrig war, ist das Endergebnis gut. Was wirklich schön ist, gemäss Aussagen vor Ort, sind alle Mitarbeitenden sehr zufrieden und fühlen sich sehr wohl dort. Das ist wirklich schön zu hören. Wir von der SP und den Grünen heissen die Kreditabrechnung ebenfalls gut.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung wurde einstimmig angenommen.

7 Einwohnerrat; schriftliche Anfrage; Schulwegsicherheit; Die Mitte; Cécile Kohler; Beantwortung

Schriftliche Anfrage:

In den Jahren 2013 bis 2015 hat die Firma Metron in Zusammenarbeit mit der Verkehrskommission und der Verwaltung einen Statusbericht zur Schulwegsicherheit erarbeitet. Dieser Statusbericht sollte kein Papiertiger sein und so wurde 2016 eine Aktualisierung vorgenommen. «Neben der Sanierung von verschiedenen kleineren Konfliktstellen konnten auch bereits erste Mittelinseln verbreitert werden. An den grösseren Brocken wie Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Hendschikerstrasse und der Aarauerstrasse wird – in Zusammenarbeit mit dem Kanton – mit Hochdruck gearbeitet.»

Seither wurden die Schulwege durch verschiedene weitere Massnahmen sicherer. Der letzte Statusbericht liegt schon länger zurück. An diversen Orten gibt es jedoch nach wie vor gefährliche Situationen für die Schulkinder, beispielsweise:

Verkehrssituation beim Freischarenplatz ist vor allem für Kindergärtner:innen und Primarschüler:innen unübersichtlich und entsprechend auch mit Gefahren verbunden. Die Frequentierung dieser Zone hat mit dem Einzug der Tagesstrukturen ins Hünerwadelhaus zugenommen. Es fällt zudem auf, dass die Geschwindigkeit einzelner Verkehrsteilnehmer:innen auf der gesamten Poststrasse höher als die 20 km/h ist und die Vortritts-Regelungen der Begegnungszone offenbar nicht allen Verkehrsteilnehmer:innen bekannt sind.

Die Situation auf dem Niederlenzer Kirchweg ab dem Kreisel Wolfsacker-/Sägestrasse ist für Kinder, besonders im Bereich des Fussgängerstreifens beim Kreisel und den beiden Tiefgaragenausfahrten beim Seniorenzentrum und beim Kosthaus unübersichtlich. Die offene Strassengestaltung lädt zudem zur Überschreitung der Geschwindigkeit und der Nichtbeachtung der Vortrittsregeln zugunsten des Fuss-/Veloverkehrs ein.

Beim Turnerweg gibt es seit Jahren einen dichten motorisierten Einbahnstrassen-Zubringerverkehr bei gleichzeitiger hoher Fussgänger-/ und Velofrequenz in beide Richtungen, vorwiegend während den Hauptschulwegzeiten, was immer wieder zu gefährlichen Situationen, besonders in der Kurve, führt. Die offenbar eingeleiteten Prüfmassnahmen sollten diesem Umstand unbedingt Rechnung tragen.

Es stellen sich deshalb verschiedene Fragen:

- Wann wurde der Statusbericht letztmals aktualisiert bzw. wann ist die nächste Aktualisierung vorgesehen?
- Welche weiteren Massnahmen in Bezug auf die Verbesserung der Schulwegsicherheit sind vorgesehen?
- Wie wird die Schulwegsicherheit während den verschiedenen Phasen des Bahnhofsum- und -ausbaus gewährleistet?
- Wie häufig und mit welchem Erfolg finden Geschwindigkeitskontrollen in den Begegnungszonen statt?
- Welche baulichen Dispositive sind geplant, um den Verkehrsfluss in den Begegnungszonen in den schulwegrelevanten Bereichen zu regulieren?

Beantwortung:

Das Thema Schulwegsicherheit geniesst in Lenzburg sowohl bei der Abteilung Tiefbau & Verkehr, der Regionalpolizei als auch in der Verkehrskommission und im Stadtrat einen hohen Stellenwert. In den Jahren 2005 und 2015 wurden Grundlagenberichte («Erhöhung der Verkehrssicherheit der SchülerInnen im Fuss- und Veloverkehr») zur Schulwegsicherheit erstellt. Diese Berichte werden bewusst als Zwischenberichte deklariert, da Schulwegsicherheit eine Daueraufgabe ist.

Die vorgeschlagenen Massnahmen können teils im Rahmen der städtischen Planung direkt umgesetzt werden. Vielfach betreffen sie aber kantonale Zuständigkeiten und tangieren im Einzelfall auch die Nachbargemeinden. Die Berichte dienen dann als Planungsgrundlage für grössere städtische und kantonale Strassenbauvorhaben. Aktuelle, kleinere Probleme zur Schulwegsicherheit werden in der Verkehrskommission besprochen und – sofern möglich – zeitnah verbessert (z.B. Verlegung Fussgängerstreifen Schützenmattstrasse).

Schulwegsicherheit kann nicht alleinige Aufgabe der städtischen Planungsbehörden oder Kommissionen sein. Gefordert sind auch die Schulen, die Eltern und die Polizei. Die drei Säulen der Schulwegsicherheit umfassen Verkehrserziehung (education), Verkehrskontrolle (enforcement) und Verkehrstechnik (engineering). D.h. neben planerischen, baulichen und organisatorischen sind erzieherische und flankierende Massnahmen nötig. Und letztlich müssen auch die Schülerinnen und Schüler ihren Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit leisten, indem sie sich auf dem Schulweg verantwortungsvoll verhalten.

Die Abteilung Tiefbau & Verkehr plant für das Jahr 2025 (10-Jahres-Rhythmus) die Erarbeitung eines weiteren Zwischenberichts zur Schulwegsicherheit. Die Erarbeitung soll zusammen mit einem Fachbüro und der Verkehrskommission erfolgen. In der Verkehrskommission sind neben den Parteien auch die Schule, die IG Velo und die Regionalpolizei vertreten. Die zur Erstellung des Berichts notwendigen finanziellen Mittel werden im Budgetprozess für das Jahr 2025 beantragt.

Beantwortung der Fragen

Zur Frage 1: «Wann wurde der Statusbericht letztmals aktualisiert bzw. wann ist die nächste Aktualisierung vorgesehen?»

Der letzte Zwischenbericht Schulwegsicherheit wurde im Jahr 2015 erstellt. Die Abteilung Tiefbau & Verkehr plant für das Jahr 2025 (10-Jahres-Rhythmus) die Erarbeitung eines weiteren Zwischenberichts zur Schulwegsicherheit. Die zur Erstellung des Berichts notwendigen finanziellen Mittel werden im Budgetprozess für das Jahr 2025 beantragt.

Zur Frage 2: «Welche weiteren Massnahmen in Bezug auf die Verbesserung der Schulwegsicherheit sind vorgesehen?»

Schulwegsicherheit ist eine Daueraufgabe. Aktuelle, kleinere Probleme werden in der Verkehrskommission besprochen und sofern möglich zeitnah verbessert (z.B. Fussgängerstreifen Schützenmattstrasse, Begegnungszone Turnerweg).

Die Massnahmenvorschläge zur Verbesserung der Schulwege und Eliminierung der Problemstellen sind in die kantonalen Strassenprojekte (z.B. Ausbau Knoten Freihof und Ausbau Knoten Freiämterplatz) eingeflossen. Der Zwischenbericht zur Schulwegsicherheit ist eine gute Grundlage für die Erarbeitung von Strassenprojekten.

Zur Frage 3: «Wie wird die Schulwegsicherheit während den verschiedenen Phasen des Bahnhofum- und -ausbaus gewährleistet?»

Die Hauptarbeiten für den Bahnhofsumbau beginnen voraussichtlich im Jahr 2025. Die Federführung beim Umbau des Bahnhofs hat in den ersten Jahren die SBB-Infrastruktur. Sobald die Submission abgeschlossen und der Unternehmer bzw. die Arbeitsgemeinschaft feststeht, sind die Installationsflächen und das Logistikkonzept bekannt, bzw. können mit den Unternehmern und den SBB besprochen werden.

In ihrer Einsprache zum Plangenehmigungsverfahren forderte die Stadt Lenzburg u.a., dass das Erschliessungs- und Logistikkonzept vor Baubeginn im Einvernehmen mit der Stadt erstellt wird und dass Baustellenverkehr durch die Wohnquartiere vermieden wird.

Zur Frage 4: «Wie häufig und mit welchem Erfolg finden Geschwindigkeitskontrollen in den Begegnungszonen statt?»

Die Geschwindigkeiten in den Begegnungszonen werden einerseits mit den Verkehrszählgeräten bzw. Geschwindigkeitsanzeigeräten registriert. In den Jahren 2022 und 2023 wurden 27 Messungen (jeweils eine Woche) durchgeführt. Aufgrund dieser Erhebungen können dann gezielt die Geschwindigkeitskontrollen mit Radar- und Lasergeräten durchgeführt werden.

Im Jahr 2022 und 2023 wurden von der Regionalpolizei jeweils gesamthaft rund 6 Stunden Geschwindigkeitskontrollen in den Begegnungszonen durchgeführt. In diesem Jahr werden schwerpunktmässig in den Tempo-30- und Begegnungszonen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Ein Drittel der Geschwindigkeitskontrollen soll 2024 in den Tempo-30- und Begegnungszonen durchgeführt werden.

Der «Erfolg» der polizeilichen Geschwindigkeitskontrollen in Begegnungszonen wird aktuell nicht gemessen, da keine detailliertere Statistik als im Jahresbericht (S. 30) geführt wird.

Zur Frage 5: «Welche baulichen Dispositive sind geplant, um den Verkehrsfluss in den Begegnungszonen in den schulwegrelevanten Bereichen zu regulieren?»

Aus Sicht des Stadtrats sind in den Begegnungszonen, auch in den schulwegrelevanten Abschnitten, keine baulichen Massnahmen notwendig.

*Auf dem Freischarenplatz wurde seit 2011 nur ein Fussgängerunfall (Unfall mit Leichtverletzten) registriert. Ob ein Schulkind betroffen war, kann anhand der Statistik nicht eruiert werden.
(<https://www.astra.admin.ch/astra/de/home/dokumentation/daten-informationsprodukte/unfalldaten/geografische-auswertungen/interaktive-karte.html>)*

Im Zusammenhang mit einem Klageverfahren betreffend Schulweg hielt das Verwaltungsgericht betreffend Freischarenplatz im Jahr 2020 folgendes fest: «Entgegen den Befürchtungen der Kläger sind an dieser Stelle keine Orientierungsprobleme zu erwarten, wenn immer der gleiche Schulweg absolviert wird.»

Cécile Kohler (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe anwesende Gäste, Medienvertretende und Mitarbeitende der Verwaltung. Vielen Dank für die rasche Beantwortung meiner Anfrage vom März 2024. Ich habe sie mit teilweisem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Gerne möchte ich dazu noch kurz Stellung nehmen. Es ist erfreulich, dass im nächsten Jahr der Grundlagenbericht über die Schulwegsicherheit nach zehn Jahren erneuert wird. Seit 2015 ist die Bevölkerung von 8'917 auf 11'104 per Ende 2023 gestiegen, also um 2'187 Personen. Geburten waren bis 2014 noch bei etwa 80 pro Jahr und seit 2015 sind es zwischen 106 und 148 pro Jahr. Entsprechend sind auch die Schülerzahlen stark gestiegen. Wir sehen das nicht zuletzt auch an den immer knapper werdenden Schulräumlichkeiten. Es gibt auch neue Quartiere mit neuen Kindern und neuen Schulwegen. Eine Überprüfung der Schulwegsicherheit scheint mir darum aufgrund von den Entwicklungen ein bisschen spät. Ich war in Kontakt mit diversen Eltern, welche die Schulwegsituation auch als unsicher einschätzen. Insbesondere für die Kinder des ersten Zyklus, also Kindergarten, erste und zweite Primarschule. Eine Überprüfung hätte spätestens nach dem vollständigen Bezug der Quartiere Widmi und im Lenz Sinn gemacht. Aber eben, lieber spät als gar nie. Gerne möchte ich anregen, diese Zwischenberichte alle fünf Jahre zu erstellen. Selbstverständlich tragen die Kinder selbst und auch die Eltern Mitverantwortung bezüglich Verkehrs- und Schulwegsicherheit. Dass problematische Punkte laufend in der Verkehrskommission im Beisein der Repol besprochen werden, ist sinnvoll. Regelmässiger Verkehrsunterricht und auch die kleinen Fussabdrücke, welche am Boden markiert worden sind, helfen vor allem den kleinen Kindern sich sicher im Verkehr zu bewegen.

Ich habe auch angefragt, wie es mit der Sicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Teilnehmer während dem Bahnhofsumbau aussieht. Dieser wird gemäss der Antwort besonderer Beachtung geschenkt. Insbesondere soll der Baustellenverkehr nicht durch die Wohnquartiere führen. Gut, es geht aber auch um eine sinnvolle und vor allem eindeutige Signalisation der Fusswege um sicher durch eine Baustelle zu kommen. Während der Sanierung der Bahnhofstrasse beispielsweise ist die Querung zwischen dem Aicha's und der Raiffeisenbank alles andere als selbsterklärend gewesen in gewissen Bauphasen und auch sehr unübersichtlich. Auch bei anderen Baustellen ist es wünschenswert, wenn die Signalisation für die Fussgängerinnen und Fussgänger klar ist. Grosses Erstaunen hat bei mir die Frequenz der Geschwindigkeitsmessungen in der Begegnungszone von Lenzburg ausgelöst. Es wurden in den Jahren 2022 Total 989 und 2023 Total 1'104 Stunden Geschwindigkeitskontrollen im Repol Gebiet durchgeführt. Davon waren jeweils gesamthaft sechs Stunden Geschwindigkeitskontrollen in der Begegnungszone in Lenzburg. Das ist wenig. Es stellt sich die Frage, wie lange so eine Kontrolle dauert und wann diese durchgeführt wird. Während der Schulweg Rushhour, am Abend oder am Wochenende? Ich habe eigentlich jedes Mal, wenn ich mich in der Begegnungszone von Lenzburg aufhalte, den Eindruck, dass die Tempolimit oft als Empfehlung empfunden wird und nicht wirklich eingehalten werden. Insbesondere auf der Poststrasse ist es zum Teil abenteuerlich mit dem Velo oder auch zu Fuss diese Strasse zu queren. Am Morgen und am Abend ist auch auf dem Niederlenzer Kirchweg ein temporeiches Befahren der 20er Zone zu sehen. Es wäre aus meiner Sicht angezeigt, wenn vermehrt Geschwindigkeitskontrollen in der Begegnungszone durchgeführt würden. Erfreulich ist ja, dass scheinbar in diesem Jahr vermehrt der Schwerpunkt der Repol auf Tempo 30 und die Begegnungszone gelegt wird. Jetzt noch zu der Begegnungszone. Dort sind ja keine baulichen Massnahmen vorgesehen. Ich habe einmal nachgeschaut, was die Definition einer Begegnungszone ist. Es heisst die Begegnungszone verkörpert eine neue Mobilitätskultur. Auf die Koexistenz der verschiedenen Verkehrsträger ausgerichtet, lädt dieses Verkehrsregime zum Flanieren und zur Begegnung auf der Strasse ein. In Lenzburg scheint es, als hätte

der motorisierte Individualverkehr grundsätzlich immer Vorrang in der Begegnungszone. Es ist insbesondere für die Kinder gefährlich auf dem Schulweg zu flanieren. Der Schulweg soll für die Kinder ein Erlebnis, ein positives Erlebnis sein, nicht zuletzt auch um Elterntaxis überflüssig zu machen. Es hat bis jetzt noch keine gravierenden Unfälle gegeben in der Begegnungszone, aber wie häufig kam es schon zu brenzligen Situationen und zu «Beinahe Unfällen». Dies vor allem beim Freischarenplatz, bei dem sich aufgrund der Tagesstrukturen auch vermehrt Kinder aufhalten. Bauliche Massnahmen, welche die Verkehrsteilnehmenden, in unseren doch sehr breiten Strassen in der Begegnungszone anhalten, die Geschwindigkeit anzupassen, könnten durchaus Sinn machen. Auch die Situation mit den schmalen oder nicht vorhandenen Trottoirs für die Kinder der Ammerswilerstrasse, Friedweg, Widmi Quartier werden im neuen Bericht hoffentlich auch thematisiert. Deshalb noch einmal kurz zusammengefasst. Meine Anliegen bzw. Wünsche sind, dass man eine höhere Frequenz bei Erstellung der Zwischenberichte zu Verkehrssicherheit hat. Diese sollten statt alle zehn, alle fünf Jahre erstellt werden. Dass man weiterhin Schwerpunkte bei der Geschwindigkeitsmessung, in der Begegnungszone und an neuralgischen Stellen entlang von Schulwegen durchführt, statt dies bei sicheren Hauptstrassen zu tun, an denen man viel Geld verdienen kann, welches man auch budgetieren kann. Zuletzt noch, dass man bauliche Massnahmen in den Begegnungszonen prüft und dass man vor allem auch die Signalisation bei den Baustellen gut macht und dass es übersichtlich ist für die Fussgängerinnen und die Fussgänger. Danke.

8 Mündliche Anfrage vom 7. März 2024: Regula Züger: Stand Projekt Entschlammung Weiher: Beantwortung

Stadtamman Daniel Mosimann: Regula Züger stellte folgenden Antrag: « In erster Linie ist der Rückweisungsantrag so zu verstehen, dass wir gerne möchten, dass noch mehr Optionen abgeklärt werden.» In den Aussagen von Regula Züger wurde neben dem Produkt SchlixX auch das Sömmern erwähnt.

Mündliche Beantwortung:

Zur Frage 1: Wie ist der Stand?

Bis Ende 2022 wurde von CSD-Ingenieuren ein Variantenvergleich der Entschlammungsmethoden Ausbaggern / Sömmern bzw. Wintern / SchlixX erstellt. Für den Variantenvergleich wurden verschiedenste Organisationen kontaktiert. Zudem wurden weitere Schlammproben entnommen, sowie Temperatur und Sauerstoffgehalt der Wasserschichten gemessen:

- *Beim Fünfweiher handelt es sich im Sommer um ein geschichtetes Gewässer. Im Wasser des Fünfweihers hatte es auch im Hitze-Sommer 2022 bis auf den Grund Sauerstoff.*
- *Die Zählungen des Natur- und Vogelschutz-Verein NVV Lenzburg im Jahr 2019 weisen im Gebiet des Fünf- und des Drittweihers seltene Arten aus. Nebst Edelkrebsen sind die Weiher Laichgebiet für Erdkröte und Grasfrosch. Sie beheimaten zwei Schnecken der roten Liste (Zonitoides nitidus, die Glänzende Dolchschncke; Isognomostoma isognomostomos, Maskenschncke). Zudem sind im Drittweiher sind zudem mehrere Arten gefährdeter Kieselalgen zu finden.*
- *Die Natur- und Landschaftskommission besuchte die stille Reuss in Rottenschwil und liess sich über den Erfolg der 2022 durchgeführten Entschlammung mit dem Saugbagger informieren.*

Entschlammung mit SchlixX:

SchlixX wurde in der Schweiz noch nie in ein öffentliches, natürliches Gewässer im Wald eingebracht. Die Rechtslage ist aus unserer Sicht nicht eindeutig und eine Entscheidung in Abhängigkeit von einer Interessensabwägung scheint nach ersten Kontaktaufnahmen mit der kantonalen Behörde ein gangbarer Weg zu sein.

Um SchlixX als Mittel zur Entschlammung ausserhalb der Weiher zu testen, wurde im Werkhof ein Versuch angesetzt. Frau Züger wurde am 12. April 2023 über den Versuch orientiert. Um die Wirkung des Produkts zu testen (Sauerstoffgehalt und pH-Wert) wurden zwei grössere Schlamm-proben entnommen und in Probebehälter gefüllt. Da jedoch nur ein Versuch durchgeführt wurde und der Schlamm nur von einem Ort aus dem Weiher stammt, ist das Resultat nicht statistisch auswertbar, zeigt aber eine Tendenz an.

Durch die Zugabe von SchlixX stieg die Sauerstoffkonzentration in Probe A (Zugabe von SchlixX) markant an, um innerhalb von 14 Tagen später auf das Niveau der Probe B (ohne SchlixX) abzufallen. Gleichzeitig stiegen auch die Leitfähigkeit und der pH-Wert, verursacht durch freiwerdende Ionen. Der Sauerstoff wurde während der Versuchsdauer gezehrt. Dies deutet auf biologische Aktivität und fehlende weitere Sauerstoffzufuhr hin. Erst mit der Abnahme der Temperatur und damit abnehmender Abbauprodukte stieg der Gehalt im Dezember bei beiden Proben wieder an. Der Verlauf der Sauerstoffkurve zeigt, dass in beiden Behältern Mikroorganismen aktiv waren.

Der TOC-Wert wurde im SchlixX-Behälter etwas gesenkt. Sicher ist jedoch, dass sich der mineralische Anteil des Schlammes mit teils über 90 Gewichtsprozent mit SchlixX nicht reduzieren lässt.

Es handelt sich bei den beiden Weihern nicht um (hyper)eutrophen, überdüngte Gewässer, mit geringen natürlichen Wassererneuerungsraten oder Fischteichen bei welchen SchlixX mit Erfolg angewendet wurde.

Unsere Weiher sind natürliche Biotop. Mit der Zugabe von SchlixX wird das Wasser verändert. Gewisse Amphibien reagieren empfindlich auf pH-Veränderungen. Mit der Zugabe von Bakterien wird die natürliche Population gestört. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass die Behandlung mit SchlixX in den Folgejahren wiederholt werden muss.

Die Abteilung Landschaft und Gewässer wurde ebenfalls um eine Einschätzung gebeten: «Zusammengefasst halten wir den Einsatz von SchlixX zur Entschlammung wenig sinnvoll und wegen des Desinfektionsmittels (Calciumperoxid) problematisch. Das Schlammvolumen dürfte mehrheitlich erhalten bleiben und die effektive Entschlammung höchstens etwas hinausgezögert werden.»

Entschlammung durch Sömmern / Wintern:

Beim «Wintern» ist der Weiher von Oktober bis März abgelassen, beim «Sömmern» während bis zu 18 Monaten, von Oktober bis März des übernächsten Jahres. Das „Wintern“ wird i. d. R. alle paar Jahre durchgeführt, während das Sömmern in einem Turnus von mehr als 10 Jahren erfolgt. Das „Wintern“ erfolgt primär zum Abfischen, das „Sömmern“ dient der Reduktion des Pflanzenbestands und der Sedimente.

Da es sich beim Fünf- bzw. Drittweiher aber nicht um regelmässig trockenfallende Teiche handelt, besteht die Gefahr, dass die seltenen Arten diesen Eingriff nicht unbeschadet überstehen.

Zur Frage 2: Wie geht es da weiter?

Zuallererst möchten wir erwähnen, dass das Projekt Entschlammung Fünfweiher aufgrund der vielen laufenden Projekte und aufgrund der angespannten Finanzlage keine Priorität mehr hat.

Der Stadtrat ist jedoch weiterhin der Ansicht, dass eine Entschlammung in Etappen mit dem Saugbagger die schonendste und verträglichste Methode ist. Der Stadtrat hat Hemmungen eine mit Bakterien versetzte Chemikalie in ein naturnahes Gewässer einzubringen und damit die seltene Flora und Fauna zu gefährden. Dies auch im Hinblick darauf, dass mit dieser Methode der anorganische Schlamm nicht entfernt werden kann und die Zugabe von SchlixX über mehrere Jahre erfolgen muss.

Die Forstdienste sind an einer Aufwertung des 5-Weihertales interessiert. Damit das Gebiet nicht weiter versandet, könnte z.B. ein Sandfang oberhalb der Weiher eingerichtet werden, der leichter zu entschlammern ist als die Weiher.

Wir beabsichtigen die Planungen und Untersuchungen vorläufig abzuschliessen. Die Kosten für die Entschlammung des Fünfweihers mittels Saugbagger werden im Finanzplan verbleiben, jedoch auf spätere Jahre verschoben.

Regula Züger (Grüne): Geschätzte Anwesende, geschätzter Stadtrat, das war gerade eine lange Rede, um im Detail darauf eingehen zu können. Ich bin sehr enttäuscht von dieser Antwort, denn es sind viele Meinungen und Annahmen und keine Facts. Alles, was beispielsweise gegen SchlixX gesagt wird, basiert auf Annahmen und nicht auf effektiven Abklärungen. Ich habe mich mehrfach darum bemüht, zu wissen wie das mit diesen Versuchen geht. Wir haben Ja gesagt, wir wollen das ausprobieren, denn es geht um eine halbe Million, welche das Ausbaggern kosten würde. Dies hat schliesslich den Ausschlag gegeben, dass viele dafür waren dies auszuprobieren. Meine Gründe sind ökologische Gründe. Ich weiss, dass SchlixX keine Chemikalien oder gefährliche Bakterien sind, sondern es die absolut schonendste und ökologischste Variante, um die seltenen Arten in diesen Teichen zu schützen. Ich gehe extra nicht auf das Sömmern und Wintern ein, denn es ist ganz klar, dass dies für das Ambiente schädlich ist. Ich konzentriere mich auf SchlixX, weil ich schon damals gesagt habe, es wäre wahrscheinlich die absolut ökologischste und günstigste Variante. Niemand hat Kontakt aufgenommen mit all diesen deutschen Ämtern, Städten, Umweltbeauftragten oder Firmen, welche dies bereits in verschiedenartigsten Gewässern ausprobiert haben. Ich habe nachgefragt bei den Personen, welche ich dem Bauamt oder dem Stadtrat angegeben habe. Niemand wurde kontaktiert. Man hat Annahmen getroffen und Entschuldigung ich muss es sagen, man hat ein lächerliches Experiment mit zwei blauen Tonnen im Werkhof durchgeführt. Dies lässt keine Aussage zu. Es geht nicht um PH-Werte oder Sauerstoffgehalt. Es geht um biologische Prozesse, welche in Gang gesetzt werden. Dies kann nur im Teich selbst ausprobiert werden. Das ist eine Interaktion vom Schlamm mit dem Boden und den Organismen, welche in diesem Teich leben und auch mit dem Licht, welches im Wald fällt. Die CSD-Ingenieure, welche dieses Experiment mit den Tonnen gemacht haben, sind sicher gute Ingenieure, aber es sind keine Biologen. Dieser Versuch vermag keine Aussage in Bezug auf SchlixX zu machen. Dass das Sömmern und Wintern eine harsche und nicht sehr ökologische Art sind, das war im Voraus schon klar. Mein Anspruch wäre, dass man die halbe Million, welche jetzt nach hinten geschoben wird, spart und vielleicht davon CHF 6'000 einsetzt, um ein paar Todesanzeigen aufzuhängen und ein paar tausend Franken einsetzt für einen Versuch. Ich beantrage deshalb dies selbst in die Hand nehmen zu dürfen. Ich finde garantiert eine Fachhochschule, welche dies wissenschaftlich belegt, dass dies keinen biologischen Schaden anrichtet. Ich würde selbst für die Finanzierung schauen. Denn offenbar war es in den letzten zwei Jahren für die Stadt nicht möglich, die wenigen tausend Franken in einen Versuch zu stecken. Denn Entschuldigung, zwei blaue Fässer im Werkhof hüten und ab und zu eine PH-Messung zu machen ist kein Versuch. Es geht um etwas ganz anders. Für diejenigen, die das Geld interessiert, würde ich die halbe Million sparen und für diejenigen, welche sich für die seltenen Arten interessieren, würde ich den Teil gerne auf mich nehmen. Ich habe zwar nicht zu viel Zeit, aber das ist es mir wert.

Ich war jetzt nicht sehr gut vorbereitet, denn ich hatte keine Ahnung, welche Antwort da kommt. Ich hoffe, ich habe mich kurz genug gefasst. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Da es eine mündliche Anfrage war, werden wir hier nicht darüber debattieren. Ich denke es ist am sinnvollsten, wenn Regula direkt mit dem Stadtrat in Kontakt tritt, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Wir kommen zum Traktandum Umfrage. Wir haben die dringliche Motion der EVP betreffend die Umsetzung des behindertengerechten Zugangs im neuen Schulhaus. Initiiert wurde sie von Claudia

Casanova es hat aber noch weitere Vertreter des Einwohnerrats, welche hier unterzeichnet haben. Das Thema ist nicht neu. Claudia hat es an der letzten Sitzung bereits ausführlich präsentiert. Wir werden heute darüber abstimmen, ob die Motion als dringliche Motion behandelt werden soll oder nicht. Ich bitte deshalb Claudia nochmal ans Rednerpult um zu untermauern, weshalb diese Motion als dringlich eingestuft werden soll.

9 Umfrage

Claudia Casanova (Die Mitte): Liebe Stadträte, liebe Anwesende, ich habe keinen Zettel mitgenommen. Ich habe bereits alles zu unserer Motion gesagt. Natürlich ist diese dringlich. Wir beanstanden Mankos oder Fehler, welche per Gesetz umgesetzt werden müssen. Dieses Gesetz und die SIA-Norm 500 für behindertengerechtes Bauen besteht seit 20 Jahren. Es ist nicht 11.55 Uhr, sondern eher 12.05 Uhr. Wir wollen, dass diese drei Punkte aus der Motion so rasch wie möglich umgesetzt werden. Das Schulhaus ist fertig gebaut und hat acht Millionen gekostet. Je länger man das hinauszögert, desto peinlicher wird es. Die Motion ist von allen Parteien unterstützt worden, ich danke allen dafür.

Vizeamman Andreas Schmid: Es wurde bereits auch an der letzten Einwohnerratssitzung viel gesagt und ich muss sagen, ich bin das letzte Mal nicht ganz zufrieden nach Hause gegangen. Ich habe noch lange über das Gesagte nachgedacht. In der Zwischenzeit haben wir zusammen mit der Abteilung Immobilien bereits zwei Punkte festgelegt, welche wir umsetzen wollen. Das sind einerseits die Markierungsstreifen auf der Treppe, da haben wir bereits Offerten eingeholt und andererseits die verglasten Eingangsfronten. Diese wurden in der Motion zwar nicht gefordert aber auch da haben wir bereits Angebote eingeholt. Es ist geplant, dass wir diese Vergaben bald machen können und diese beiden Anpassungen in den Sommerferien umgesetzt werden können. Noch keine Angebote eingeholt haben wir für die Erstellung des Behindertenparkplatzes. Auch aus dem Grund, dass wir der Meinung sind, wir wollen keine weiteren Fahrzeuge auf dem Schulareal. Nachdem wir die Motion gesehen haben, haben wir die Thematik im Stadtrat kurz diskutiert. Nach Abwägen von Vor- und Nachteilen sind wir zum Schluss gekommen, dass wir das umsetzen wollen. Wir haben bis jetzt noch keine gute Offerte, aber wir wissen in etwa wie viel uns eine Signalisation des Parkplatzes kostet auch weil wir schon solche Parkplätze markiert haben. Die Signaletik haben wir noch nicht abgeklärt. Wir haben dies aber aufgenommen. Wir haben uns von einem Architekten eine ungefähre Zahl sagen lassen und ich denke, wenn man da drin liegt, dann kann man das auch so umsetzen. Ob das in den Sommerferien noch reicht, kann ich zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen. Falls es möglich ist, werden wir das ebenfalls in den Sommerferien umsetzen. Der Vorschlag des Stadtrats wäre wie folgt. Der Einwohnerrat würde die Dringlichkeit ablehnen oder zurückziehen. So haben wir Zeit in den Sommerferien Wort zu halten. Eingereicht ist die Motion trotzdem. Sie wird dann im September traktandiert und es könnte darüber abgestimmt werden. Das wäre unser Vorschlag für das Vorgehen.

Ich möchte noch schnell sagen, rein formell, wenn eine Motion überwiesen wird, bedeutet das, dass der Stadtrat einen Bericht und Antrag zu Händen des Einwohnerrats machen muss. Das heisst, wir können es eigentlich in den Sommerferien noch gar nicht ausführen, weil der Einwohnerrat zuerst darüber abstimmen muss, was getan werden soll. Dies zum Instrument Motion. Ich glaube es ist nicht Sinn und Zweck der Motionäre, wenn man das so machen würde.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann haben wir beide Seiten angehört. Wir müssen nun zuerst über die Dringlichkeit abstimmen. Wenn sie als nicht dringlich eingestuft wird müsste man es einfach überweisen und dann muss der Stadtrat darauf eine Antwort geben. Sind noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit gewünscht?

Claudia Casanova (Die Mitte): Wir haben uns kurz beraten und beschlossen, dass wir die Motion nicht zurückziehen werden. Wir erachten es weiterhin als dringlich und wollen nicht bis September warten. Wir wollen jetzt darüber abstimmen.

Christina Bachmann (Die Mitte): Für uns ist es gerade ein bisschen unklar wie der Prozess jetzt ist. Formell stimmt es natürlich, dass der Stadtrat noch einmal mit einem Antrag kommen muss. Gleichzeitig ist eine Motion ein klarer Auftrag. Vielleicht kann Christoph Hofstetter oder Beatrice Räber hier Klarheit schaffen. Ich bin nicht sicher, ob es wirklich eine Verzögerung gäbe, wenn wir das heute überweisen.

Stadtkammann Daniel Mosimann: Wenn eine Motion überwiesen wird, hat der Stadtrat ein Jahr Zeit für den Bericht und Antrag. Bei einer dringlichen Motion wird heute darüber abgestimmt, ob diese angenommen wird oder nicht. Unser Vorschlag wäre folgender: Wir nehmen die drei geforderten Punkte an die Hand und erledigen diese auf Schuljahresbeginn. Dann erübrigt sich die Dringlichkeit. Das ist das, was Andi Schmid vorhin erklärt hat. Wenn der Stadtrat sein Wort nicht hält und die Aufträge nicht ausführt, dann wird die eingereichte Motion automatisch im September traktandiert. Man verliert also nichts. Im Gegenteil man gewinnt, wenn der Einwohnerrat heute dem Stadtrat das Vertrauen schenkt.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Die Dringlichkeit wird zurückgezogen. Es muss also nicht darüber abgestimmt werden. Die Motion ist eingereicht und wird im September an der Einwohnerrats-sitzung behandelt. Ausser, es ist alles umgesetzt was gefordert wurde, dann muss sie nicht behandelt werden. Wir sind beim Traktandum 9, Umfrage. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Anwesende von beiden Räten, Presse, Gäste und Verwaltung. Ich habe beim Geschäft ABB-Areal extra nichts gesagt. Es geht mir nicht um das Geschäft, sondern um ein technisches Detail. Ich entschuldige mich für mein Fernbleiben an der Infoveranstaltung. Vielleicht wurde es da angesprochen. In der Präsentation und in der Vorlage steht der Punkt wegen der PFAS Belastung. Es liegt mir fern euch vorzuschreiben, wie ihr euren Job zu machen habt. Aber wenn ich die Unterlagen lese, kommt bei mir der Eindruck auf, dass man nur auf besagtem Gebiet nach PFAS geschaut hat. Wenn man den Fokus öffnet und den ganzen Perimeter anschaut, dann sind da noch die ehemalige Quadrant bzw. Simalit oder Mitsubishi Chemicals und wie sie alle heissen. Ich habe meine Lehre da absolviert und Perfluor Oxidverbindungen verarbeitet. Es gibt also dort eine Abteilung, welche täglich Tonnagen von fluorisierten Kunststoffen verarbeitet. Darunter eben auch PFAS. Wenn man das Thema in Zukunft angehen will, denke ich würde es Sinn machen, wenn man dort weitere Parzellen anschauen würde. Ich will der Simalit nicht den Puck zuschieben, aber es ist gut möglich, dass das PFAS von dort kommt. Das war der eine Punkt, jetzt komme ich noch zu einem anderen. CHF 6'500 für diese Aushänge der Todesanzeigen, die meisten von euch wissen ich bin nicht verheiratet und lebe mit meiner Partnerin in Sünde, obwohl ich katholisch konservativ bin. Bei uns stehen also zwei Nachnamen am Briefkasten und diesen Jahresbericht erhalten wir zweimal. Ich persönlich habe gerne eine Hard Copy davon, aber ich bin überzeugt, ganz viele Lenzburgerinnen

und Lenzburger fassen das Buch nur einmal an. Nämlich um es ins Altpapier zu legen. Da wären die CHF 6'500 schnell eingespart.

Jetzt noch der letzte Punkt. Geschätzte Gäste aus Birr und Lupfig, ich habe mich sehr gefreut, als ich gelesen habe, dass allenfalls Gäste da sind. Die Vermutung kam auf, Einwohnerrat, ja oder nein? Liebe Anwesende von beiden Räten. Heute haben wir ein sehr schlechtes Beispiel abgegeben. Ich bin jetzt zweieinhalb Jahre in diesem Rat und ich glaube ich habe es noch nie erlebt, dass wir einen Abend hatten, an welchem alle Abstimmungen von Anfang an richtig ausgezählt wurden. Auch hier, es liegt mir fern dem Ratsbüro Vorschriften zu machen, aber es kommt der Verdacht auf, dass Stimmenzählende entweder sich selbst oder das Ratspräsidium vergessen mitzuzählen. Das finde ich recht peinlich und schade. Das zweite schlechte Beispiel haben wir gerade eben bezüglich dieser Dringlichkeit erlebt. Schon wurde Christoph Hofstetter gesucht, aber ich glaube dafür hätten wir ihn nicht gebraucht. Was Dani Mosimann und Andi Schmid ausgeführt haben war eindeutig. Ich denke es würde uns Einwohnerräten guttun, wenn man die Gemeindeordnung und das Einwohnerratsreglement wieder einmal durchlesen würde. Da drin steht wie das hier zu laufen hat. Vielen Dank und einen schönen Abend.

Michael Häusermann (SVP): Herr Präsident geschätzte Anwesende, aus aktuellem Anlass muss ich nochmal vortreten. Wir hatten heute Abend noch einen dritten schlechten Moment. Es war die mündliche Anfrage von Regula Züger, welche Dani Mosimann beantwortet hat. Es geht weder um Personen noch um die Parteizugehörigkeit. Wir wissen aber alle, Dani Mosimann kann lesen und die anwesenden Einwohnerräte ebenfalls. Die vorgelesene Antwort war sehr technisch und wohl nicht von Dani Mosimann selbst geschrieben, sondern von einer Fachperson. Auch das ist nicht negativ zu werten, aber ich frage mich dennoch, macht das Sinn, solche Antworten hier vorzulesen? Ich habe das Gefühl, 50 % hier drin haben in dieser Zeit am PC oder an ihren Medien etwas anderes gemacht und ich bin auch fast sicher 90 % von uns kann die Antwort auf die Frage nicht mehr wiedergeben. Das war zu viel Fachchinesisch und unabhängig vom Thema, das ist schade. Heute hat es Regula Züger getroffen, das nächste Mal trifft jemand anderen der eine Antwort erhält, welche komplexer ist. Meine Frage an den Stadtrat deshalb, ist es nicht möglich, eine solch komplexe Antwort ins CMI zu stellen? So entfällt das Vorlesen hier im Saal. Es ist schade für die Person, die die Antwort erhält und dann nicht richtig darauf eingehen kann. Danke.

Stadtamman Daniel Mosimann: Ich sage kurz etwas dazu. Wir haben die Abstufung, dass schriftliche Anfragen schriftlich beantwortet werden und dementsprechend aufgeschaltet werden. Wenn jetzt ein komplexer Sachverhalt vorliegt, würde ich diesen auch schriftlich eingeben und dann erhält man eine schriftliche Antwort. Bei einer mündlichen Anfrage erhält man dann auch eine mündliche Antwort. Sonst wird die Abstufung schwierig, was wird jetzt ins CMI gestellt und was nicht. Ich würde deshalb beliebt machen, mündliche Anfragen werden auch mündlich beantwortet und schriftliche Anfragen werden schriftlich beantwortet. Dann hat man eine saubere Trennung und weiss, was man zu erwarten hat.

Corin Ballhaus (SVP): Thomas Schaer hat in seinen Ausführungen zu unseren Prüfungen der GPFK gesagt, dass wir uns sorgen betreffend dem Internetauftritt der Stadt, welcher hinter verschlossenen Türen entwickelt wird, ohne, dass man die Bevölkerung bzw. Benutzergruppen, welche die Webseite nutzen befragt oder ihre Bedürfnisse abgeholt hat. Dass der Stadtrat am besten weiss, was Benutzer brauchen, haben wir bei den Aushängen der Todesanzeigen gesehen. Ich mache mir

ernsthaft Sorgen, wenn man solche komplexen Antworten auf eine einfache Frage gibt, wie sieht dann die Sprache auf dieser neuen Website aus?


Annette Sikyr (SP): Thomas Schaer hat mich soeben gefragt, Annette willst du dieses Theater hier wirklich verlassen? Ja, leider muss ich das Theater verlassen. Dies war heute meine letzte Einwohnerratsitzung. Ich muss aus beruflichen Gründen aus dem Einwohnerrat zurücktreten. Es tut mir sehr leid, ich fand es schön, Teil des Einwohnerrats zu sein. Es war interessant hautnah mitverfolgen zu können, was am Wohnort läuft und dies auch aktiv mitgestalten zu können. Ich habe das Gefühl wir haben hier ein gutes Einvernehmen und es kamen teilweise auch sehr unterhaltsame Voten von links bis rechts. Brigitte Vogel hat in ihrer E-Mail von Anfang März eine Aussage gemacht, welche ich genauso unterschreiben könnte. «Wir haben bekanntlich zwei Ohren und einen Mund, damit wir doppelt so viel zuhören wie sprechen können». Vielen Dank für alles und Adieu miteinander.

Stadtrat Sven Ammann: Geschätzte Lebewesen im Saal, uns steht das Jugendfest bevor. Ich habe zwei kleine Inputs, welche morgen in der Zeitung gelesen werden können. Ihr aber habt es verdient, dies von mir vorher zu hören. Zum einen wird am Donnerstag der Zapfenstreich am Turnerweg versammelt und von da geht es die Bahnhofstrasse runter. Das zweite betrifft den Freitagvormittag. Die dritten bis sechsten Klassen werden die Morgenfeier nicht mehr auf dem Hünenwadelplatz haben, sondern im Angelrain. Dies einfach, dass ihr das von mir gehört habt. Ich wünsche euch eine fantastische Woche, möge die Sonne scheinen, wir sehen uns bestimmt.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Mit diesem Votum schliessen wir die heutige Sitzung. Ich wünsche uns allen einen wunderbaren Sommer. Heute in vier Wochen ist Zapfenstreich, dann sind wir hoffentlich alle in der Stadt. Am Freitag drauf dann das Jugendfest. Ich hoffe auf schönes Wetter, wir haben heuer ein grosses Jugendfest mit Manöver und auch dazu wünsche ich allen einen schönen Tag. Denjenigen, welche haben, wünsche ich schöne Ferien und bis zur nächsten Sitzung im September. Gute Nacht miteinander.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin

